

# Zeitschrift für Wachstumsstudien

Vorwort.....	Seite 3
Kernaussage des IWS - Edition 2008 .....	Seite 4
Zur Unvereinbarkeit des Zinssystems mit linearem Wirtschaftswachstum .....	Seite 9
Rezension: Die Grenzen des Kapitalismus .....	Seite 17
Studie: Sozialreformen seit 1989 – Teil IV Die Reform der Gesetzlichen Pflegeversicherung .....	Seite 20

## Zeitschrift für Wachstumsstudien

### Herausgeber

Institut für Wachstumsstudien (IWS)  
Postfach 11 12 31  
35357 Gießen  
Tel.: 0641-87 78 02 54  
Fax: 0641-87 78 02 55  
E-Mail: zeitschrift@wachstumsstudien.de

### Bankverbindung

Volksbank Gießen-Friedberg  
Kto.-Nr.: 2 351 609  
BLZ: 513 900 00

### Layout & Satz

Schau: An Grafik- und Werbedienstleistungen  
Torben Anschau  
Nelkenstraße 1  
35418 Großen-Buseck

### Druck

Druckwerkstatt GmbH  
Hauptstraße 26  
35463 Fernwald

### ISSN

1863-947X (Printversion)  
1614-6670 (Onlineversion)

### Schutzgebühr

7,00 EUR

### Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Kay Bourcarde, Gesellschaft für Wachstumsstudien e.V., Postfach 11 12 31, 35357 Gießen

### Hinweis

Die Zeitschrift sowie die darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke nur mit vorheriger Genehmigung des IWS.

---

## INSTITUT FÜR WACHSTUMSSTUDIEN

**Institutsleiter:** Kay Bourcarde

**stellv. Institutsleiter:** Karsten Herzmann

**Mitarbeiter:** Torben Anschau, Johannes Bryde, Viola Hübner, Caroline Seibert, Winfried Seidel, Christian Tripp

Das IWS wird rechtlich und finanziell von der *Gesellschaft für Wachstumsstudien e.V.* getragen (Amtsgericht Gießen, Vereinsregister-Nr. VR 2627).

# Vorwort

„Wir haben uns eingeredet, permanentes Wirtschaftswachstum sei die Antwort auf alle Fragen. Solange das Bruttoinlandsprodukt wächst, so die Logik, können wir alle Ansprüche finanzieren, die uns so sehr ans Herz gewachsen sind – und zugleich die Kosten dafür aufbringen, dass wir uns auf eine neue Welt einstellen müssen. [...] Wir können uns nicht mehr hauptsächlich auf wirtschaftliches Wachstum als Problemlöser und Friedensstifter in unseren Gesellschaften verlassen.“ Dieses Zitat ist der „Berliner Rede 2009“ entnommen, die Bundespräsident Horst Köhler vor wenigen Tagen gehalten hat und die er mit dem Satz einleitete: „Ich will Ihnen eine Geschichte meines Scheiterns berichten.“ Bevor er zum deutschen Staatsoberhaupt gewählt worden ist, war Köhler Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, danach leitete er die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und im Jahr 2000 wurde er zum Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) berufen. Köhler hat seine Rede daher nicht nur als Bundespräsident gehalten, sondern auch als prominenter Vertreter der bisherigen Wirtschafts- und Geldpolitik.

Diese Kehrtwende ließe sich durchaus auch damit erklären, dass Köhler eine zweite Amtszeit anstrebt und ihm eine Rede nach bisherigem Muster als Unbelehrbarkeit ausgelegt werden könnte. Doch der Zweifel, ob die gängigen Wachstumserwartungen realistisch sind, erreicht mittlerweile auch weite Teile der Politik, der Medien und der Wissenschaft. Inwieweit dies nur ein – vorübergehender – Reflex auf die Krise ist wird sich zeigen. Aus Sicht des IWS sind solche veränderten Einschätzungen dennoch interessant, denn die These von übersteigerten Wachstumserwartungen ist der Ausgangspunkt unserer Forschung. Erstmals formuliert haben wir dies im Jahr 2004 in unserer Kernaussage, die schließlich auch Eingang fand in die erste Ausgabe der Zeitschrift für Wachstumsstudien. An deren grundsätzlichen Aussagen, basierend auf der Feststellung, dass entwickelte Volkswirtschaften typischerweise linear wachsen, hat sich seitdem nichts geändert. Wohl aber hat unsere Forschung der vergangenen drei Jahre weitere Facetten und Details dieser Tatsache und zu den daraus resultierenden Konsequenzen zu Tage fördern können. Aus diesem Grund haben wir die Kernaussage im vergangenen Jahr grundsätzlich überarbeitet und um einige Aspekte erweitert: Volkswirtschaften können exponentiell wachsen, aber offenbar ist dies nur typisch für die Anfangsjahre nach ihrer Industrialisierung – Lineares Wachstum ist im internationalen Vergleich tatsächlich der Normalfall, dementsprechend fallen die Raten auch in anderen Ländern – die Wachstumsprojektionen des Bundes zeigen, dass diese über dreißig Jahre hinweg geradezu ‚chro-

nisch‘ übersteigert sind. Dies sind nur einige Ergebnisse der Überarbeitung die Sie als neue Fassung der *Kernaussage des Instituts für Wachstumsstudien* auch in der vorliegenden, auf die Arbeit des vergangenen Jahres zurückblickenden Ausgabe finden können.

Eine zentrale Frage im Rahmen unserer Forschung ist stets die nach dem Bedarf nach exponentiellem Wachstum und den Folgen seines Ausbleibens. In dieser Ausgabe setzen wir uns in grundsätzlicher Weise mit dem „*Zinssystem im Lichte des linearen Wirtschaftswachstums*“ auseinander. Der Aufsatz stellt – erstmalig in dieser Form – für die mikroökonomische Ebene dar, welche gravierenden Folgen es hat, wenn von einer typischerweise exponentiell wachsenden Volkswirtschaft ausgegangen wird.

Das IWS ist zwar unseres Wissens die nach wie vor einzige Forschungsgemeinschaft, die die Untersuchung des linearen Wachstums ‚institutionalisiert‘ hat, doch vereinzelt wird dieses zumindest angesprochen. Diesen Umstand haben wir zum Anlass genommen eine Rubrik „*Aus IWS-Sicht gelesen*“ einzuführen, in der jeweils Bücher vorgestellt werden, die das Thema berühren. Auf diese Weise möchten wir dazu beitragen, dass derartige Arbeiten diskutiert werden, gleichzeitig spiegelt dies unser Bemühen wieder, andere Meinungen bei unserer Forschungsarbeit zu berücksichtigen.

Unsere auf vier Teile angelegte Studie „*Sozialreformen seit 1989*“ wird – jedenfalls vorläufig – mit einer Untersuchung der gesetzlichen Pflegeversicherung abgeschlossen.

Auch zu den Themen dieser Ausgabe können Vorträge gebucht werden, Informationen dazu finden Sie auf unserer Internetseite. Unter der Adresse [www.economic-growth.eu](http://www.economic-growth.eu) steht seit gut einem Jahr ein weiteres Informationsangebot zur Verfügung, mit dem das IWS auf die häufigen Anfragen zur Entwicklung insbesondere europäischer Volkswirtschaften reagiert hat. Die rasant gestiegenen Abrufzahlen bestätigen, dass es einen großen Bedarf nach einer übersichtlichen Zusammenstellung dieser grundlegenden volkswirtschaftlichen Kenngrößen gibt. Da sich dieser Bedarf offensichtlich nicht auf Deutschland beschränkt, ist das Informationsangebot nun auch in englischer Sprache verfügbar.

Die Informationen auf dieser ergänzenden Seite sind, genauso wie alle anderen Daten und Texte des IWS, frei zugänglich. Da das Institut von keiner Interessengruppe getragen wird, sondern sich aus Mitgliedsbeiträgen und über Spenden finanziert, möchten wir Sie an dieser Stelle erneut ermuntern, von der Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft oder Spende Gebrauch zu machen.

*Gießen, März 2009*

# Kernaussage des Instituts für Wachstumsstudien

*Sowohl Phasen der Rezession als auch Zeiten der Hochkonjunktur belegen in eindrucksvoller Weise, wie abhängig unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem von Wachstum ist: Stagniert das Bruttoinlandsprodukt auf seinem Vorjahresniveau, so steigt die Arbeitslosigkeit, die Staatsverschuldung nimmt zu, Sozialleistungen erweisen sich als schwerer zu finanzieren. Wächst die Wirtschaft hingegen um zwei oder drei Prozent, so ist genau das Gegenteil der Fall: Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Einnahmen der Sozialsysteme steigen und ein ausgeglichener Haushalt scheint zumindest in erreichbare Nähe zu rücken. Die Höhe des Wirtschaftswachstums gilt daher als Gradmesser einer erfolgreichen Politik. Interessenverbände und Wirtschaftsinstitute streiten zwar heftig, wie dafür die besten Voraussetzungen geschaffen werden können – über die Notwendigkeit dieses Ziel zu erreichen, herrscht weitgehend Einigkeit.*

## Wirtschaftskraft und Wirtschaftswachstum

Über Wirtschaftswachstum wird häufig mit einer solchen Selbstverständlichkeit diskutiert, dass dabei die eigentliche Bedeutung des Begriffs in den Hintergrund tritt. So wird das Wachstum teilweise herangezogen, um die Wirtschaftskraft von verschiedenen Staaten miteinander zu vergleichen. Die Wirtschaftskraft eines Landes wird aber in erster Linie mittels des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gemessen, also anhand des Wertes aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr geschaffen werden.<sup>1</sup> Das Wirtschaftswachstum hingegen drückt lediglich die Zu- oder Abnahme dieser Leistung aus.<sup>2</sup>

Wenn daher beispielsweise im Jahr 2007 das deutsche Pro-Kopf-BIP<sup>3</sup> ausgehend von knapp 28.200 um 2,5 % gewachsen ist, das von Polen aber von rund 7.100 ausgehend um 6,6 %, <sup>4</sup> so ist es erkennbar wenig sinnvoll, unser Nachbarland pauschal für leistungsstärker zu halten: Zum einen erreicht dessen Pro-Kopf-BIP den höheren Wachstumsraten zum Trotz weniger als ein Drittel des deutschen. Zum anderen ist aber auch das Wachstum selbst in absoluten Zahlen geringer (469 zu 705 Euro pro Einwohner). Der bloße Blick auf das prozentuale Wachstum hat also wenig Aussagekraft, denn bei einem niedrigeren Ausgangswert genügen auch geringere absolute Zuwächse, um vergleichsweise hohe Wachstumsraten zu erreichen.

Das Vertauschen von Ausgangswert und dessen Zunahme führt jedoch nicht nur beim Vergleich mit anderen Staaten zu falschen Schlussfolgerungen. Auch

wenn es um die eigene wirtschaftliche Vergangenheit geht, liegt das Augenmerk zumeist auf dem Wachstum und nicht dem Bruttoinlandsprodukt. Häufig wird argumentiert, die Jahre der wirtschaftlichen Höchstleistung seien vorüber, weil die hohen Wachstumsraten früherer Zeiten nicht mehr erreicht werden.<sup>5</sup> Die Tatsache, dass in Deutschland mittlerweile jährlich etwa drei- bis viermal so viele Güter und Dienstleistungen geschaffen werden wie noch in den so genannten Wirtschaftswunderjahren, bleibt dabei weitgehend unbeachtet.<sup>6</sup>

Warum aber wird so häufig der Ausgangswert mit der Zunahme, die Wirtschaftskraft mit der Steigerung derselben vertauscht? Eine Erklärung ist sicherlich die enorme Bedeutung des Wirtschaftswachstums für eine Volkswirtschaft. Beispielsweise wird darauf hingewiesen, dass neue Arbeitsplätze in der Regel nur dann entstünden, wenn das Wirtschaftswachstum höher ausfällt als der Produktivitätszuwachs.<sup>7</sup> Und wenn Arbeitsplätze entstehen, steigen wiederum die Steuereinnahmen und die Belastung der Sozialsysteme sinkt. Die durch das BIP ausgewiesene Wirtschaftskraft tritt daher in den Hintergrund, weil vor allem deren Zuwachs diese positiven Effekte hat.

## Lineares und exponentielles Wachstum

Gefordert wird daher ein möglichst konstantes Wirtschaftswachstum. Dies ist nur dann erreichbar, wenn Bevölkerung und Unternehmen jedes Jahr mehr konsumieren beziehungsweise investieren als im Vorjahr. Stiege

das BIP jährlich um den gleichen absoluten Betrag (beispielsweise 20 Milliarden Euro), so würde dies zu einem linearen Wachstum führen. Gefordert wird jedoch kein konstant absolutes, sondern ein konstant relatives Wachstum.<sup>8</sup> Damit ist gemeint, dass die Wirtschaft jedes Jahr um den gleichen prozentualen Anteil (beispielsweise 3%) wachsen soll.

Dies aber bedeutet: Je stärker die Volkswirtschaft eines Landes bereits ist, desto höher muss auch der absolute Zuwachs sein, um das gleiche prozentuale Wachstum zu erreichen. So lag 1955 das deutsche BIP (gesamtes Beispiel in Preisen von 1995) bei knapp 400 Mrd. Euro.<sup>9</sup> Um damals eine Zunahme von 3 % zu erreichen, hätten 12 Mrd. Euro ausgereicht. Im Jahre 2003 lag das preisbereinigte BIP bei fast 2.000 Mrd. Euro.<sup>10</sup> Für eine Zunahme von 3 % wäre nun ein absoluter Zuwachs von 60 Mrd. Euro nötig gewesen, also das Fünffache des Wertes von 1955. Es reicht somit nicht aus, wenn die Wirtschaftskraft jedes Jahr gleichmäßig ansteigt. Vielmehr muss, in absoluten Eurobeträgen gerechnet, der Zuwachs selbst jedes Jahr größer ausfallen. Ein solches „wachsendes Wachstum“ nennt man exponentiell.

Dieses exponentielle Wirtschaftswachstum wiederum ist bereits in den 70er Jahren vom Club of Rome als ökologisch unverträglich kritisiert worden. In dem damals viel beachteten Buch „Die Grenzen des Wachstums“ veranschaulichten die Autoren, wie dramatisch Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung ansteigen, wenn die Volkswirtschaften weiterhin exponentiell wachsen.<sup>11</sup>

## Was gestern ging, geht morgen auch

Jenseits von ökologischen Bedenken können jedoch Zweifel aufkommen, ob ein ständiges exponentielles Wachstum überhaupt erreichbar ist. So mögen geforderte Zuwächse von beispielsweise 3% jährlich zunächst nicht unrealistisch klingen.<sup>12</sup> Doch dies würde bedeuten, dass sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) in 25 Jahre verdoppeln, in 50 Jahre vervierfachen und in 75 Jahren bereits verachtfachen müsste.

Dem könnte man entgegenhalten, dass es in Deutschland der Vergangenheit doch stets kontinuierliches Wirtschaftswachstum gegeben habe und nichts gegen eine Fortsetzung dieser Entwicklung spricht. Was gestern ging, geht morgen auch<sup>13</sup> – eine solche Sichtweise allerdings ist in doppelter Hinsicht falsch.

Zum einen wird damit unterstellt, dass die Erfolge der Vergangenheit lediglich wiederholt werden müssten.

Doch wenn konstante Wachstumsraten erreicht werden sollen, bedeutet dies, wie gerade dargelegt, dass für die Zukunft viel höhere absolute Zuwächse verlangt werden als in der Vergangenheit. Von Kontinuität kann daher keine Rede sein. Bisherige Erfolge müssen nicht nur wiederholt, sondern übertroffen werden; Rekord muss auf Rekord folgen.

Zum anderen geht diese Sichtweise bereits von falschen Annahmen aus: Was gestern ging, geht morgen auch – doch ging es gestern tatsächlich? Um dies zu überprüfen, genügt ein Blick in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. So offenbart sich eine folgenschwere Tatsache, die, obwohl sie leicht überprüfbar ist, bislang kaum Beachtung findet:<sup>14</sup> Es gab in der Bundesrepublik *niemals exponentielles Wirtschaftswachstum*. Den Erwartungen zum Trotz wuchs deren Volkswirtschaft stattdessen immer nur linear, nämlich in jedem Jahrzehnt um etwa 300 Milliarden Euro.<sup>15</sup> Natürlich gab es Konjunkturzyklen, in denen das Wachstum in einigen Jahren etwas über-, in den nächsten Jahren etwas unterdurchschnittlich ausfiel. Doch wie in der Grafik dargestellt, folgen diese Zyklen einem Wachstumspfad, der einer Geraden entspricht. Die Zuwächse sind dabei so konstant, dass man alleine anhand der Daten von 1950 bis 1960 bereits erstaunlich genau das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1990 (vor der Wiedervereinigung) hätte „prognostizieren“ können.<sup>16</sup>

Das Ziel des stetigen Wachstums ist seit 1967 im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verankert,<sup>17</sup> heute spielt es eine entscheidende Rolle auf europäischer Ebene im Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung.<sup>18</sup> Damals wie heute aber geht man bei wirtschaftspolitischen Überlegungen davon aus, dass sich eine Volkswirtschaft grundsätzlich exponentiell entwickelt.<sup>19</sup> Die Grafik zeigt, wie sich nach den damaligen Erwartungen das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland hätte entwickeln müssen und wie es sich tatsächlich entwickelt hat. Danach weicht seit Mitte der 70er Jahre die Erwartung eines exponentiellen Wachstums von der Wirklichkeit eines linearen Wachstums ab. Diese Abweichung ist zwar zunächst nicht sehr groß, nimmt dann aber immer schneller zu.

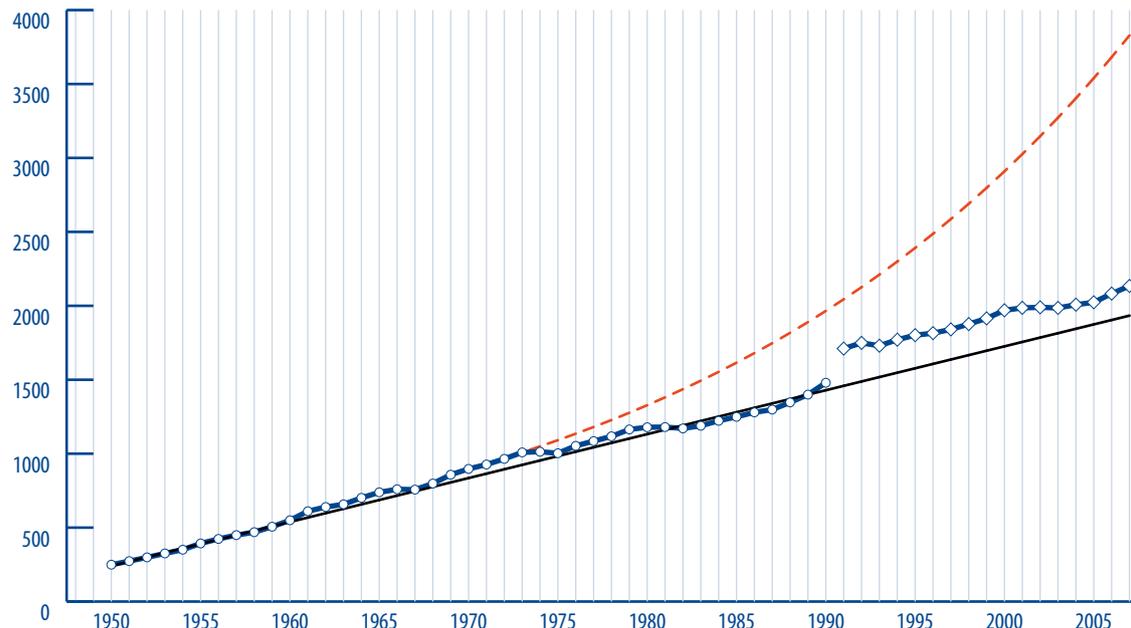
## Ein deutsches Problem?

Angesichts des Widerspruchs zwischen Wachstumserwartung und tatsächlichem Wachstumsverlauf stellt sich die Frage, ob es sich bei dem linearen Wachstum um ein auf

**Grafik**

## Linear statt exponentiell - Wachstum des BIP der Bundesrepublik Deutschland

BIP in Preisen von 1995 (Mrd. Euro)



Die blaue Linie mit Kreisen stellt das westdeutsche BIP der Jahre 1950 bis 1990 dar, die blaue Linie mit Rauten das gesamtdeutsche BIP ab 1991. Die schwarze Linie entspricht dem durchschnittlichen Wachstum Westdeutschlands bis zur Wiedervereinigung (jährlich knapp 31 Mrd. €). Wie aus der Grafik zu erkennen ist, läuft das westdeutsche BIP sehr eng an dieser Geraden entlang und ist linear. Die rote, gestrichelte Linie zeigt, wie sich das BIP von 1970 an hätte entwickeln müssen, wenn es konstant entsprechend der damaligen Annahmen um jährlich 4% gewachsen wäre.

- BIP 1950-1990
- ◇— BIP 1991-2007
- Durchschnitt
- - - - - Projektion 4%

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2002, S. 632 f.; Statistisches Jahrbuch 2003, S. 656 f.; Statistisches Jahrbuch 2004, S. 729; Statistisches Jahrbuch 2008, S. 627; eigene Berechnungen, vgl. dazu IWS-Papier Nr. 1.



www.wachstumsstudien.de

© Institut für Wachstumsstudien

Deutschland begrenztes Phänomen handelt. Eine solche Vermutung legen zumindest die hohen Wachstumsraten anderer Länder nahe, auf die in der öffentlichen Debatte regelmäßig hingewiesen wird. Und tatsächlich weist das Bruttoinlandsprodukt von aufsteigenden Wirtschaftsnationen wie China einen eindeutig exponentiellen Trend auf.<sup>20</sup> Allerdings befindet sich China, was die Höhe des Pro-Kopf-BIPs anbelangt, derzeit auf einem Niveau wie es dem Deutschlands um das Jahr 1900 entspricht. Zu diesem Zeitpunkt aber ist auch die deutsche Volkswirtschaft

noch exponentiell gewachsen.<sup>21</sup> Es ist daher denkbar, dass exponentielles Wirtschaftswachstum typisch ist für die Anfangsjahre einer industrialisierten Volkswirtschaft, es aber ab einem bestimmten Niveau in ein nur noch lineares übergeht. Dementsprechend bietet sich ein Vergleich mit anderen entwickelten<sup>22</sup> Volkswirtschaften an. Anhand von Datenmaterial der OECD hat das IWS gezeigt, dass sinkende Wachstumsraten kein typisch deutsches Problem sind: Nur zwei von zwanzig untersuchten Volkswirtschaften wiesen konstante Wachstumsraten auf.<sup>23</sup>



## Konstante Wachstumsraten als vermeintlicher Normalzustand

Der lineare Verlauf erklärt nicht jedes Absinken der Wachstumsraten und insbesondere nicht das so genannte Nullwachstum. Vor allem Konjunkturzyklen beeinflussen die konkrete Höhe der Raten. Das IWS bezweifelt daher auch nicht, dass mittels geeigneter politischer Maßnahmen günstigere Bedingungen für Wachstum geschaffen werden können.

Allerdings wird der Spielraum hinsichtlich der Wachstumsrate durch den grundsätzlich linearen Verlauf zunehmend begrenzt. Da dieser Entwicklung jedoch nach wie vor keine Beachtung geschenkt wird, fallen Wachstumserwartungen geradezu „chronisch“ falsch aus: Ein Vergleich der Projektionen nach den Finanzplänen des Bundes mit dem tatsächlichen Wachstum ergibt, dass die Erwartung in 23 von 26 Projektionen deutlich zu hoch ausfiel.<sup>24</sup> Vordergründig dürfte dabei auch die Messung von Wachstum in Prozentraten eine Rolle spielen, denn dies ist mehr als nur eine Frage der Darstellung: Wird eine Veränderung stets in Prozenten ausgedrückt, so wird damit zugleich ein Normalzustand definiert. Die Wachstumsraten gelten dann als eine Art umgekehrtes „Fieberthermometer“, das Auskunft über den Gesundheitszustand der Volkswirtschaft gibt. Normal ist, wenn die Raten konstant bleiben. Dafür müssten die Volkswirtschaften exponentiell wachsen. Wachsen diese hingegen „nur“ linear, so fallen die Raten kontinuierlich und die Entwicklung ist „unnormale“.

Doch obwohl das so gemessene Wachstum bereits seit fünfzig Jahren sinkt, führte dies bislang nicht zu Zweifeln an der Grundannahme selbst, sondern gibt, wie es beispielsweise in Jahreswirtschaftsberichten formuliert wird, „Anlass zur Besorgnis“ und erfordert entsprechende Gegenmaßnahmen.<sup>25</sup> Damit wird ein weiterer Aspekt des Problems deutlich: Die realitätsferne Annahme eines exponentiellen Wirtschaftswachstums fordert ein Gegensteuern der Politik heraus, die damit einen Normalzustand wiederherstellen will, den es niemals gegeben hat.

Um eine realistischere Sichtweise davon zu vermitteln, mit welchem durchschnittlichen Wachstum unter durchschnittlichen Rahmenbedingungen noch gerechnet werden kann, kalkuliert das IWS seinen „Wachstumsgrundwert“. Dieser Wert berücksichtigt keine konjunkturellen Einflüsse und ist somit auch keine Wachstumsprognose. Er ist lediglich eine einfache lineare Extrapolation der bisherigen Entwicklung. Damit kann der Wert als Orientierungshilfe den verbliebenen wachstumspolitischen Spielraum der nächsten Jahre aufzeigen, wenn sich die bisherige Entwicklung fortsetzt. Für das nächste Jahrzehnt beträgt der Wachstumsgrundwert etwa 1,2%.<sup>26</sup>

## Die Arbeit des IWS

Lineares Wachstum ist bei entwickelten Volkswirtschaften die Regel, exponentielles hingegen die große Ausnahme.<sup>27</sup> Sinkende Raten sind dementsprechend typischerweise zu beobachten und müssen kein Anzeichen einer krankenden Volkswirtschaft sein. Dieser empirische Befund steht in einem eklatanten Widerspruch sowohl zu den Befürchtungen der Wachstumskritiker wie auch zu den Erwartungen der Wachstumsbefürworter. Solange weiterhin angenommen wird, das Ausbleiben von konstant-prozentualem Wachstum beruhe auf einer verfehlten und damit korrigierbaren Wirtschaftspolitik, wird dem eigentlichen Problem keine Aufmerksamkeit geschenkt. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem linearen Wachstum findet dementsprechend kaum statt. So ist das IWS das bislang einzige Institut in Deutschland, das sich schwerpunktmäßig mit den daraus resultierenden Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigt. Das Institut betrachtet es daher seit seiner Gründung im Jahr 2004 als seine vordringliche Aufgabe, eine Debatte darüber anzustoßen, dass eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Annahmen falsch ist: Die Annahme, Volkswirtschaften könnten dauerhaft exponentiell wachsen.

## Anmerkungen

1 Vgl. Mankiw (2001), S. 520 ff.; Stiglitz (1999), S. 650.

2 Vgl. Woll (2000), S. 777.

3 Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf wird verwendet, um Länder mit unterschiedlicher Bevölkerungszahl vergleichen zu können. Beim Pro-Kopf-BIP wird das Bruttoinlandsprodukt durch die Einwohnerzahl geteilt.

4 Eurostat; weitere Beispiele sind hier denkbar. So etwa, wenn das relativ geringe Wachstum der BRD in 2005 (0,8%), mit den vergleichs-

weise hohen Zuwächsen von Bulgarien (6,2%), dem EU-Schlusslicht was das Pro-Kopf-BIP betrifft, verglichen wird: Auch hier fällt das absolute Wachstum von Deutschland höher aus.

5 Vgl. etwa Jahreswirtschaftsbericht 2004, S. 18 f.; Globus Infografik Nr. Ba-7929; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31.01.2005, S. 12; Süddeutsche Zeitung v. 16.01.2004, S. 17; Frankfurter Rundschau v. 12.02.2003, S. 7.

6 Statistisches Jahrbuch 2007, S. 634 f.; vgl. dazu auch IWS-Papier Nr. 1 „Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft“.

- 7 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 2003, S. 13; vgl. etwa auch Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22.01.2004, S. 12; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.01.2003, S. 11; Süddeutsche Zeitung v. 13.09.2003, S. 4.
- 8 Vgl. etwa Jahreswirtschaftsbericht 2004, S. 18 f.; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 08.12.2004, S. 11.
- 9 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2003, S. 656, eigene Berechnungen; vgl. dazu auch IWS-Papier Nr. 1 „Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft“.
- 10 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2004, S. 729.
- 11 Vgl. Meadows u.a. 1992, S. 35 ff.
- 12 Von der Möglichkeit eines jährlichen Wachstums von 3 % in Europa ausgehend vgl. EU-Kommission I.
- 13 Ähnlich z.B. bei Starbatty in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30.04.2005, S. 15: „Wenn wir es einmal geschafft haben, wird es uns auch ein zweites Mal gelingen.“
- 14 Anders Afheldt, der bereits 1994 darauf hinwies, dass die deutsche Volkswirtschaft linear wächst. Vgl. Afheldt (1994), S. 19 ff.
- 15 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2003, S. 656 f.; siehe dazu auch IWS-Papier Nr. 1 „Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft“.
- 16 Das tatsächliche BIP des Jahres 1990 weicht von einem so „prognostizierten“ um weniger als ein halbes Prozent ab; vgl. dazu IWS-Papier Nr. 1 „Das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft“, vgl. dazu auch Afheldt 2003, S. 14.
- 17 Vgl. § 1 S. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG).
- 18 Siehe dazu etwa EU-Kommission II. Wenn auch mit anderer Schwerpunktsetzung werden die im StabWG verankerten Ziele heute weitgehend durch europäisches Gemeinschaftsrecht bestimmt.
- 19 Vgl. Prognos-Studien 4, S. 499, 552: Hier ging man für den Prognosezeitraum bis 1985 von einem durchschnittlichen realen Wachstum von 4,4% pro Jahr aus.; vgl. Mehrjahres-Projektion der Finanzpläne des Bundes: 1970, S. 157; 1971, S. 157; 1972, S. 175; 1973, S. 159; 1974, S. 158 jeweils: 4 bis 4,5%; 1975, S. 117: 3,5 bis 4,5%; 1976, S. 125: 3 bis 3,5%; 1977, S. 124: 4,5%; 1978, S. 108: 4,5%; 1979, S. 105; 1980, S. 98 jeweils: 4% reales Wachstum.
- 20 Maddison (2003), S. 174; vgl. Bourcarde/Herzmann (2006), S. 5 f.
- 21 Maddison (2003), S. 46 ff.; eigene Berechnungen.
- 22 Darunter sind solche Staaten zu verstehen, die ein Pro-Kopf-BIP aufweisen, das in etwa dem der Bundesrepublik entspricht. Der Begriff „entwickelt“ ist hier also nicht gleichzusetzen mit dem Begriff etwa nach dem Human Development Index wie er im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen gebraucht wird, da dieser weitere Kriterien, etwa Lebenserwartung und Alphabetisierungsgrad, umfasst; vgl. dazu etwa Weltentwicklungsbericht 2005.
- 23 Maddison (2003), S. 50 ff., 56 f., 85 f., 174; eigene Berechnungen; vgl. Bourcarde/Herzmann (2006), S. 7 ff.
- 24 Vgl. Bourcarde (2007), S. 5 f.
- 25 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 2004, S. 18 f.
- 26 Vgl. IWS-Papier Nr. 2 „Der IWS-Wachstumsgrundwert“.
- 27 Vgl. Bourcarde/Herzmann (2006), S. 9.

## Quellen

Afheldt, Horst: *Wirtschaft die arm macht*, München 2003.

Afheldt, Horst: *Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder*, München 1994.

Bourcarde, Kay: *Lineares Wirtschaftswachstum – Exponentielle Staatsverschuldung*, in: *Zeitschrift für Wachstumsstudien 3 (2007)*, S. 4-7.

Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten: *Normalfall exponentielles Wachstum? – ein internationaler Vergleich*, in: *Zeitschrift für Wachstumsstudien 2 (2006)*, S. 4-10.

Bundesministerium der Finanzen: *Finanzplan des Bundes, Jahrgänge 1970-1980*.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: *Jahreswirtschaftsbericht 2003*, URL: <http://www.bundesregierung.de/Anlage471543/Jahreswirtschaftsbericht+2003.pdf> (02.05.05).

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: *Jahreswirtschaftsbericht 2004*, URL: <http://www.bmwa.bund.de/Redaktion/Inhalte/Pdf/jahreswirtschaftsbericht-2004,property=pdf.pdf> (02.05.05).

EU-Kommission I, URL:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/130&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en> (10.10.08).

EU-Kommission II, URL: [http://ec.europa.eu/growthandjobs/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/growthandjobs/index_de.htm) (20.09.08).

Eurostat, URL: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=0,1136173,0\\_45570701&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136173,0_45570701&_dad=portal&_schema=PORTAL) (10.10.08).

Maddison, Angus: *The world Economy . A Millennial Perspective*, OECD, Paris 2001.

Mankiw, N. Gregory: *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*, 2. Auflage, Stuttgart 2001.

Meadows, Donella/ Meadows, Dennis/ Randers, Jørgen: *Die neuen Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1992.

Schröder, Dieter: *Wachstum und Gesellschaftspolitik . Gesellschaftspolitische Grundlagen der längerfristigen Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums, prognos studien 4*, Stuttgart 1971, zitiert als: *Prognos-Studien 4*.

Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch 2007*, Wiesbaden 2007.

Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch 2002*, Wiesbaden 2002.

Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch 2003*, Wiesbaden 2003.

Stiglitz, Joseph E.: *Volkswirtschaftslehre*, 2. Auflage, München / Wien 1999.

Weltentwicklungsbericht 2005, online unter: [http://hdr.undp.org/reports/global/2005/pdf/HDR05\\_HDI.pdf](http://hdr.undp.org/reports/global/2005/pdf/HDR05_HDI.pdf) (26.10.06).

Woll, Artur: *Wirtschaftslexikon*, 9. Auflage, München / Wien 2000.

# Zur Unvereinbarkeit des Zinssystems mit linearem Wirtschaftswachstum

von Kay Bourcarde und Torben Anschau

*Der zentrale Gegenstand der Forschung des IWS ist das lineare Wachstum und die daraus resultierenden Konsequenzen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Der vorliegende Aufsatz wirft nun einen Blick auf mögliche Fehlentwicklungen innerhalb eines weiteren wichtigen Bestandteils unserer Wirtschaftsordnung: Dem Zinssystem. Hierbei kann zwar an bereits vorhandene Analysen angeknüpft werden, jedoch gehen zinskritische Positionen zumeist von strukturellen Mängeln des monetären Systems selbst aus. Sind Fehlentwicklungen aber tatsächlich systemimmanent oder kommt es erst im Zusammenspiel mit dem linearen Wirtschaftswachstum – das von der „Zinskritik“ regelmäßig nicht berücksichtigt wird – zur Krise? So wie dem linearen Wachstum insgesamt nach wie vor kaum Beachtung geschenkt wird, so ist auch das Zinssystem bislang nicht unter dieser spezifischen Perspektive wissenschaftlich diskutiert worden. Der Aufsatz möchte daher zeigen, weshalb eine solche Fragestellung den Erkenntnisgewinn erheblich erhöhen und neue Erklärungen bieten kann über Ursache und Zeitpunkt vieler Fehlentwicklungen bis hin zur aktuellen Wirtschaftskrise.*

## 1 Guthaben, Schulden und Zinsen

Viele Beteiligte in einer Volkswirtschaft sind auf geliehenes Geld angewiesen: Produktionsunternehmen benötigen oftmals Kredite, um damit Investitionen zu ermöglichen, und Handelsunternehmen können auf diese Weise ihr Warenlager bis zum Verkauf der Waren vorfinanzieren. Der Staat ist auf Kredite unter anderem für langfristige Investitionen – beispielsweise in die Infrastruktur – angewiesen und private Haushalte brauchen sie, um damit etwa ein Eigenheim zu finanzieren. Gleichgültig aber wer den Kredit aufnimmt, geht damit die Verpflichtung zur Rückzahlung des geliehenen Betrages ein. Damit wird auch der Unterschied zwischen Geld und Guthaben deutlich:

*Geld* stellt als universelles Tauschmittel eine Art ‚Anspruchsberechtigung‘ des Einzelnen an das erwirtschaftete Sozialprodukt dar, er kann es also gegen Waren oder Dienstleistungen einlösen. Für die Preisstabilität kommt es daher auch darauf an, dass die im Umlauf befindliche Geldmenge und die Höhe des Sozialpro-

dukts in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Ein *Guthaben* hingegen, auch das bei einer Bank, ist die Bestätigung für die Überlassung von Geld an einen anderen sowie ein Anspruch auf Rückzahlung.<sup>1</sup> So erklärt sich gleichzeitig, weshalb jedem Guthaben eine entsprechende Verschuldung an anderer Stelle der Volkswirtschaft gegenüber stehen muss.

### Der Zins als Belohnung für die Nichthortung des Geldes

Außer zur Rückgabe des eigentlichen Betrages verpflichtet sich der Kreditnehmer auch zur Zahlung eines Aufschlags, der für den Verleiher das Geschäft erst interessant macht. Durch den Zins geht ein Teil des Einkommens des Schuldners und damit ein Teil seiner Anspruchsberechtigung am erwirtschafteten Sozialprodukt auf seinen Gläubiger über. Begründet wird dies im Allgemeinen damit, der Zins sei der Lohn für den *Konsumverzicht* des Verleihers, der es dem Kreditnehmer ermöglicht, das Geld nach eigenem Ermessen einzusetzen.<sup>2</sup> Da in der Realität jedoch

viele Menschen schon deshalb sparen, weil sie das Geld im Moment nicht brauchen oder weil sie in der Zukunft eine größere Anschaffung planen, hat beispielsweise Keynes den Zins als „Belohnung für die *Nichthortung* von Geld“ verstanden.<sup>3</sup>

## Zinsniveau und Zinsmechanismus

Zwischen Leihverleiher und Verleiher des Geldes sitzt regelmäßig eine Geschäftsbank, die dem Sparer für sein angelegtes Geld Guthabenzinsen zahlt und die von dem Kreditnehmer für den ihm zur Verfügung gestellten Betrag Kreditzinsen verlangt. Aus der Differenz zwischen eingenommenen Kredit- und ausgezahlten Guthabenzinsen finanziert die Geschäftsbank ihre Kosten und erwirtschaftet ihren Gewinn.

Da sich Kredit- und Guthabenzinsen im Grundsatz parallel entwickeln, spricht man auch von dem *Zinsniveau*. Dessen Höhe ergibt sich nach der Vorstellung der klassischen Ökonomie – wie der Preis für andere „Waren“ – aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Sind die vorhandenen Sparbeträge und damit das Kreditangebot größer als die Nachfrage nach Krediten, so haben die Geschäftsbanken ein Interesse daran, das Zinsniveau zu senken. Dadurch steigt die Nachfrage nach Krediten, während das Sparen entsprechend zurückgeht und zwar solange, bis sich ein Gleichgewicht zwischen beiden Größen eingestellt hat. Im umgekehrten Falle käme es entsprechend zu einer Zinserhöhung. Auf diese Weise soll auch sichergestellt sein, dass das gesamte angesparte Geld über den Umweg der Kredite wieder konsumiert bzw. investiert und also dem volkswirtschaftlichen Kreislauf nicht entzogen wird. Diese – von der Idee her störungsfreie – Selbstregulierung des Kapitalmarktes wird auch als *Zinsmechanismus* bezeichnet.<sup>4</sup>

## 2 Die „Zinskritik“

Die Zinskritiker bestreiten die störungsfreie Selbstregulierung und versuchen strukturelle Mängel des monetären Systems zu belegen. Unter dem Schlagwort der „Zinskritik“ firmiert allerdings ein breites Spektrum unterschiedlicher Positionen, die teilweise erkennbar ideologisch motiviert sind und von denen manche in einer undifferenzierten Ablehnung der Marktwirtschaft als solcher münden. Daneben finden sich jedoch auch Ausarbeitungen, die bedenkenswerte Erklärungen für bestimmte Fehlentwicklungen anbieten und daher zu Unrecht in den Wirtschaftswissenschaften kaum eine Rolle spielen. Die wissenschaftliche Zinskritik geht insbesondere zurück auf

den Finanztheoretiker *Silvio Gesell*. Hier sollen nur zwei Kernpunkte der Argumentation vorgestellt werden.

Erstens erläutert Gesell, dass Geldbesitzer neben Konsum und Sparen noch eine dritte Möglichkeit haben und zwar die, das Geld für sich verfügbar zu halten (zu horten). Gründe hierfür könnten sein, dass sie so jederzeit eine unerwartete Ausgabe tätigen können oder weil sie auf eine günstigere Gelegenheit für eine Geldanlage warten. Diese Tendenz, Geld aus Vorsicht oder zu Spekulationszwecken zurückzuhalten, wird beispielsweise von Keynes als *Liquiditätspräferenz* bezeichnet. Nach Ansicht der Zinskritiker wird der Zinssatz dadurch künstlich hoch gehalten, weil es andernfalls für die Geldbesitzer interessanter wäre, liquide zu bleiben anstelle zu einem solch niedrigen Zinssatz ihr Geld anzulegen.<sup>5</sup>

## Liquiditätspräferenz und Verteilung

Zweitens hat der Zins einen Einfluss auf die Verteilung des Sozialprodukts: Wie eingangs erwähnt, steht der Summe aller Guthaben eine entsprechende Verschuldung an anderer Stelle der Volkswirtschaft gegenüber, regelmäßig verbunden mit der Verpflichtung, Zinsen zu zahlen. Zinskritiker weisen darauf hin, dass nicht nur die Kreditnehmer selbst durch Zinszahlungen belastet werden, sondern auch alle Konsumenten. In den Preisen der Konsumgüter sei nämlich ein wachsender Anteil an Zinslasten der Unternehmen enthalten, die diese über den Preis an die Konsumenten weiterreichen. Entsprechendes gelte für Steuern, mit denen der Staat unter anderem seinem Schuldendienst nachkommt.<sup>6</sup> Dies führt zu folgendem Effekt: Je größer die Schulden bzw. Guthaben in einer Volkswirtschaft sind, umso mehr Geld wird von den *Arbeitseinkommen* der Arbeitnehmer und Selbständigen zu den *Kapitaleinkommen* transferiert.

An diesem Punkt setzt zumeist die ethisch begründete Zinskritik an, die diese so genannten „arbeitsfreien“ Einkommen kritisiert. Die Gegenposition weist darauf hin, dass viele Werte überhaupt nur geschaffen werden können, weil zuvor Geldgeber die für Investitionen notwendigen Mittel bereitgestellt haben. Letztlich handelt es sich dabei um eine Gerechtigkeitsfrage, auf die es naturgemäß keine objektive Antwort geben kann und die im Rahmen dieses Aufsatzes auch nicht behandelt werden soll. Zutreffend ist jedoch, dass jedenfalls unmittelbar nur die Bezieher der Arbeitseinkommen durch ihre produktive Tätigkeit zur Wertschöpfung beitragen. Fließt nun ein Teil ihrer Einkommen als Zinserträge an die Eigentümer des Geldkapitals, so verringert sich ihre ‚Anteilsberechtigung‘ an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung.

## Überproportionales Wachstum der Zinserträge

Werden die Zinserträge von den Kreditgebern nicht vollständig entnommen, sondern ihrerseits wieder angelegt, so wachsen ihre Vermögen durch die Zinseszinsen exponentiell. Die Zinskritiker weisen nun darauf hin, dass das Sozialprodukt mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können.<sup>7</sup> Die tatsächliche Entwicklung scheint diese Einschätzung zumindest bei vordergründiger Betrachtung zu bestätigen: In Grafiken stellen Zinskritiker die exponentielle Entwicklung der Geldvermögen und Schulden in Deutschland dar, die demnach von etwa 30% des BIP in 1950 auf über 200% im Jahr 2000 angestiegen sind.<sup>8</sup> Der direkte Vergleich der Geldvermögen mit dem Bruttoinlandsprodukt ist zwar insoweit nur begrenzt aussagekräftig, als dass es sich bei den Vermögen um eine sich ansammelnde Bestandsgröße handelt, wohingegen das BIP eine sich jährlich erneuernde Flussgröße ist. Doch da die wachsenden Geldvermögen mit Zinsen bedient werden müssen, müssen auch die Zinserträge überproportional wachsen.<sup>9</sup>

Die zentrale These der Zinskritik leuchtet somit jedenfalls bei vordergründiger Betrachtung ein: Indem aufgrund des Zinseszins effekts die Geldvermögen und Schulden schneller ansteigen als das BIP, wachsen auch die Zinserträge überproportional während andere Einkommensarten anteilig verlieren. Löhne und Unternehmererträge steigen daher zunächst immer langsamer und können schließlich trotz Wirtschaftswachstum real zurückgehen.<sup>10</sup> Allerdings stellt sich die Frage, ob es sich dabei um eine Fehlentwicklung ‚von Anfang an‘ handelt. Die seitens der Zinskritiker verwendeten Grafiken, die eine seit der Gründung der Bundesrepublik geradezu explodierende Entwicklung von Geldvermögen, Verschuldung und Verzinsung zeigen, suggerieren dies zumindest. Und auch wenn jedenfalls die seriösere zinskritische Literatur nicht pauschal die Abschaffung des Zinses als solchen fordert, ist sie dennoch darum bemüht, das Zinssystem in seiner derzeitigen Ausgestaltung als grundsätzlich fehlerhaft darzustellen. Diese Kritik bedarf jedoch der Differenzierung. Konkret ist zu fragen, seit wann sich die Kapitaleinkommen tatsächlich überproportional entwickeln.

## 3 Zinssatz und Wirtschaftswachstum

Legt man die Daten der Bundesbank zugrunde, so sind die Geldvermögen in der Bundesrepublik in der Tat exponentiell gewachsen.<sup>11</sup> Wie die Zinskritiker selbst anmerken, sind allerdings nicht die Vermögen das eigent-

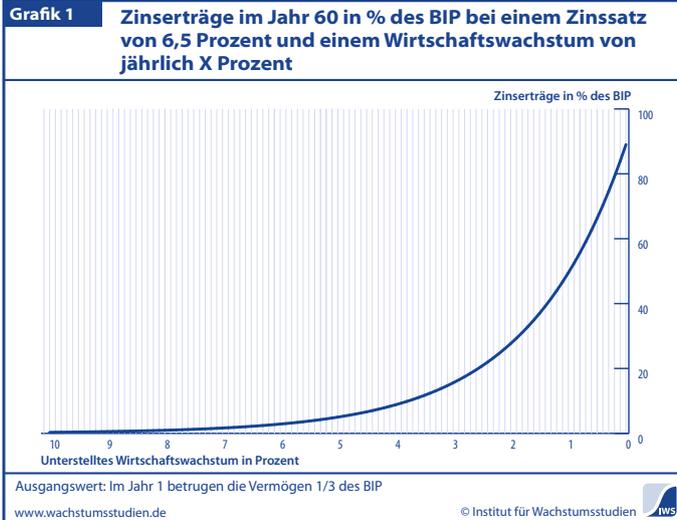
liche ‚Problem‘, sondern vielmehr die Zinserträge. Wie hoch die Kapitaleinkommen aber ausfallen, bestimmt sich nicht nur durch die Höhe der Vermögen, sondern hängt natürlich maßgeblich davon ab, wie hoch deren Verzinsung ist. Gleichzeitig bestimmt der Zins, wie schnell die Vermögen im Zeitablauf wachsen, wenn die Zinserträge nicht entnommen werden. Damit kommt der Höhe des Zinssatzes die eigentliche Schlüsselrolle zu.

Nach Ansicht der Zinskritiker sind die Zinssätze aufgrund der Liquiditätspräferenz nicht nur ausnahmsweise, sondern grundsätzlich zu hoch.<sup>12</sup> Was aber bedeutet ‚zu hoch‘? Einen Anhaltspunkt für die optimale Höhe des Zinssatzes bietet die so genannte „Goldene Regel der Akkumulation“ von Edmund Phelps, wonach dann eine optimale Sparquote erreicht wird, wenn der Zinssatz der Wachstumsrate entspricht.<sup>13</sup> Wird dies zugrunde gelegt und werden die Geldvermögen fortwährend mit der gleichen Rate verzinst wie das Bruttoinlandsprodukt wächst, so würden Bruttoinlandsprodukt, Geldvermögen und Zinserträge im Gleichschritt ansteigen. Unter dieser Voraussetzung kommt es auch nicht zu überproportional steigenden Zinserträgen und zu keiner Benachteiligung der übrigen Einkommen.

### Sinkendes relatives Wirtschaftswachstum

Liegt das Wachstum hingegen unter dem Zinssatz, steigen die Vermögen und die Kapitalerträge relativ zum BIP gesehen exponentiell an. Wie stark dieser Anstieg ausfällt, soll ein Rechenmodell zeigen. Vorweg ist anzumerken, dass sich natürlich nicht das gesamte Geldvermögen in Deutschland auf Kapitaleinkommen zurückzuführen lässt, sondern dass dies teils auch das Ergebnis angesparter Arbeitseinkommen ist. Da es hier aber um die Wirkung des Zinses geht, konzentriert sich das Beispiel auf Geldvermögen, die aufgrund der Verzinsung exponentiell ansteigen. Gleichzeitig wird unterstellt, dass die Kapitalerträge nicht entnommen, sondern stets vollständig auf neue verzinst werden.

Das Rechenmodell soll veranschaulichen, wie sich Bruttoinlandsprodukt und die aus dem Vermögen resultierenden Zinserträge bei unterschiedlichen BIP-Wachstumsraten über einen Zeitraum von 60 Jahren entwickeln. Als Ausgangswert wird ein Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu Geldvermögen von 3 zu 1 gewählt. Diese Relation entspricht in etwa dem Verhältnis von BIP zu Geldvermögen in den Anfangsjahren der Bundesrepublik.<sup>14</sup> Als Zinssatz werden 6,5% unterstellt. Dies ist die mittlere Umlaufrendite zwischen 1955 und 2007, welche wiederum das Zinsniveau am Kapitalmarkt widerspie-



Bei einem Wirtschaftswachstum von sechs, fünf bzw. vier Prozentpunkten beträgt der Anteil der Zinserträge am BIP nach 60 Jahren nur rund 3%, 5% bzw. 8%. Bei nur noch dreiprozentigem Wirtschaftswachstum liegt er hingegen schon bei rund 15%, bei zweiprozentigem bei 27% und bei einem Prozent Wachstum bei 49%. Im Falle einer stagnierenden Wirtschaftsleistung würden die Zinserträge nach 60 Jahren beinahe die gesamte Wertschöpfung für sich beanspruchen. Ein solcher Fall ist natürlich nicht realistisch, zumal sich beide Größen wechselseitig beeinflussen.

Das in Grafik 1 dargestellte Rechenmodell soll aber auch nur einen Eindruck davon vermitteln, welche Bedeutung ein im Verhältnis zum Zinssatz niedrigeres Wirtschaftswachstum hat. Zu fragen ist daher, wie sich Zinssätze und Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik tatsächlich entwickelt haben. Aufschluss hierüber kann eine Gegenüberstellung von Umlaufrendite einerseits und nominalem Wirtschaftswachstum andererseits geben.

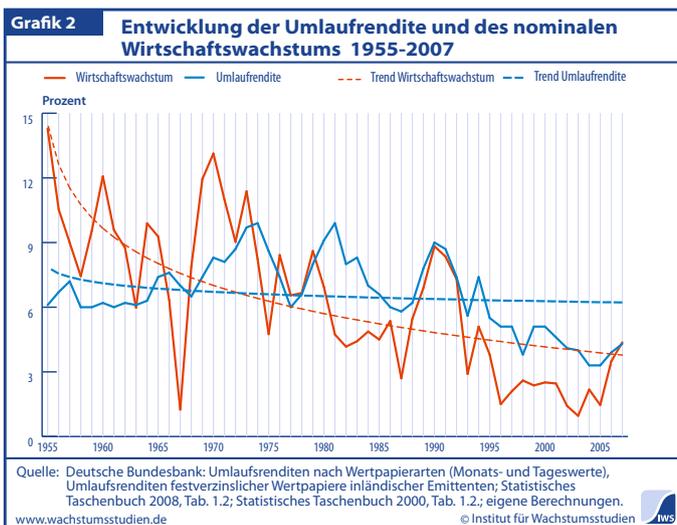
Wie die Grafiken 2 und 3 zeigen, ist hier eine grundlegende Änderung erkennbar: Über eine lange Zeit hinweg schwankte die Umlaufrendite zwischen 6 und 10 Prozent. Das Wirtschaftswachstum aber sank aufgrund der – für entwickelte Volkswirtschaften typischen – nur linearen Entwicklung kontinuierlich ab. Seit etwa Mitte bis Ende der 1970er Jahre liegt es nun regelmäßig unterhalb des Zinsniveaus.

Wie bei dem linearen Wachstumstrend selbst, handelt es sich auch bei dieser Entwicklung offenbar nicht um einen deutschen Sonderfall. Studien kommen vielmehr zu dem Ergebnis, dass ein Auseinanderfallen von Zinsniveau und Wachstum auch in anderen großen Industrieländern zu beobachten ist.<sup>16</sup>

## 4 Die Folgen der ‚Zins-Wachstums-Wende‘

Die Folgen einer solchen Entwicklung sind vielfältig und wurden teilweise auch bereits angedeutet. Zwar sollte man sich hüten, komplexe Phänomene wie Staatsverschuldung, Armut oder Arbeitslosigkeit monokausal erklären zu wollen. Auch die Zinskritiker erliegen zumindest teilweise dieser Versuchung.

Dennoch bietet das veränderte Verhältnis von Wirtschaftswachstum zu Zinsen gute Erklärungsansätze: Seit etwa Ende der 1970er Jahre lassen sich eine Vielzahl von Entwicklungen beobachten, die zeitlich mit dem Absinken des Wachstums unter das Zinsniveau zusammenfallen.<sup>17</sup> Nachfolgend wird dieser Zeitpunkt als ‚Zins-Wachstums-Wende‘ bezeichnet.



gelt.<sup>15</sup> Umso weiter nun der Prozentwert des Wirtschaftswachstums unterhalb dem des Zinssatzes liegt, desto stärker sind bis zum Jahr 60 die Vermögen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gewachsen. Wie erläutert, ist allerdings weniger die Bestandsgröße der Vermögen als vielmehr die Flussgröße der Zinserträge entscheidend. In Grafik 1 ist daher dieses Verhältnis von Zinserträgen zu BIP dargestellt: Mit jedem Prozentpunkt, den das Wirtschaftswachstum geringer ausfällt, nimmt der Zinsanteil überproportional zu.

### Veränderte Verteilung des Wohlstandes

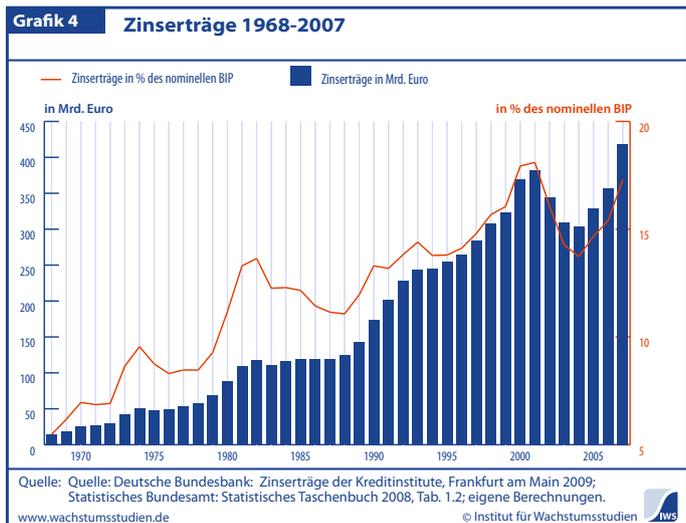
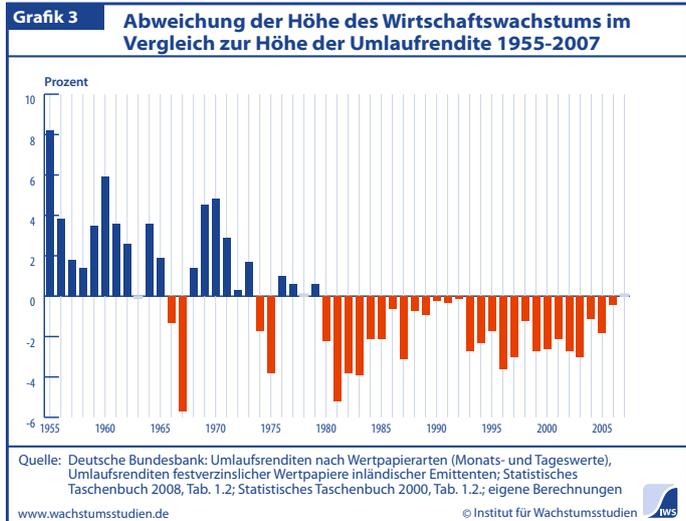
So sind die Zinserträge überproportional gestiegen und seit etwa Ende der 1970er Jahre überdies exponentiell gewachsen (siehe Grafik 4). Sie betrug 1968 noch 5,5% des Bruttoinlandprodukts, bis 2001 stiegen sie auf 18,1%. Dann platzte die Spekulationsblase im Technologiesektor und löste eine Krise an den Aktienmärkten aus.<sup>18</sup> Insbesondere hierdurch brachen die Zinserträge absolut wie auch relativ stark ein,<sup>19</sup> erst nach 2004 legten sie wieder zu. An dem grundsätzlichen Trend der Zinserträge, in der Tendenz deutlich schneller zu wachsen als das Bruttoinlandsprodukt, ändert dies jedoch nichts.

Ein immer größer werdender Teil des Volkseinkommens kommt daher tatsächlich den Inhabern des Geldkapitals zu Gute. Dies schlägt sich offenbar auch in der Lohnquote nieder: Seit ihrem Höchststand von 71,4% in 1974 ist diese kontinuierlich gesunken auf 62,3% in 2007.<sup>20</sup> Der Hinweis auf diese Entwicklung dient oft als Argument dafür, dass das Volkseinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zunehmend ungerecht verteilt sei. Eine solche Gegenüberstellung bedarf jedoch zumindest einer Ergänzung. Denn wenn steigende Kapitalerträge einen größeren Teil des Volkseinkommens für sich beanspruchen können, erscheint es verfehlt, stets die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung einerseits und Unternehmertätigkeit andererseits gegeneinander aufzurechnen. Dies suggeriert nämlich die Existenz einer Gesamtsumme, über deren Verteilung ausschließlich im Wege der Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entschieden wird.

Ebenso aber können Arbeits- und Kapitaleinkommen gegenüber gestellt werden. In diesem Fall sitzen Arbeitnehmer und Arbeitgeber teilweise sogar ‚im selben Boot‘. Die Trennlinie verläuft dann zwischen Privatpersonen und Unternehmen ohne bzw. mit nur geringem Geldvermögen einerseits und solchen mit einem hohen Geldkapital andererseits. Damit erklärt sich auch der Widerspruch, dass in der jüngeren Vergangenheit zwar jährlich fast immer ein Wirtschaftswachstum und damit Wohlstandsteigerungen zu verzeichnen waren, auf der anderen Seite aber die Realeinkommen eines Großteils der Bevölkerung keine oder nur noch geringe Zuwächse aufweisen konnten.

### Zurückgehende Unternehmensinvestitionen

Wenn die realen Einkommen der Beschäftigten nicht mehr anwachsen, ist dies in erster Linie eine Verteilungsfrage. Wirtschaftspolitisch wird dies vor allem relevant im



Zusammenhang mit einer als zu niedrig eingeschätzten Binnennachfrage. Doch auch auf der Seite der Unternehmen hat die Zins-Wachstums-Wende erhebliche Folgen und zwar sowohl für verschuldete wie vermögende Firmen: Im Falle von verschuldeten Unternehmen liegt der Grund auf der Hand, denn diese haben wegen steigender Zinslasten einen geringeren Spielraum für Investitionen. Gerade in kapitalintensiven Bereichen gibt es dazu aber keine Alternative. Gleichzeitig wächst der Druck, die erhöhten Kosten an anderer Stelle auszuglei-

chen, beispielsweise bei den Arbeitskosten. Einer wachsenden Zahl von Firmen ist es nicht möglich, unter diesen Umständen am Markt zu bestehen: Die Anzahl der Insolvenzen in der Bundesrepublik waren über rund zwanzig Jahre hinweg weitgehend konstant geblieben, seit Mitte der 1970er Jahre hingegen sind diese sprunghaft angestiegen.<sup>21</sup> Doch auch die Investitionsbereitschaft vermöglicher Unternehmen kann zurückgehen, wenn es für sie rentabler ist, auf Investitionen zu verzichten und stattdessen ihr Geld am Finanzmarkt zu verleihen.

Genau dies ist der Fall, wenn die Zinssätze oberhalb des Wirtschaftswachstums liegen. Dann nämlich sind in der Finanzwirtschaft im Schnitt höhere Gewinne erzielbar als in der Realwirtschaft. Diese These wird durch Studien gestützt, wonach sich bei vielen Unternehmen das Verhältnis zwischen Einkommen einerseits und Investitionen andererseits gelockert hat: Demnach stiegen die Bruttoeinkommen der Unternehmen in dem analysierten Zeitraum (ab 1960) im Schnitt um jährlich gut 6 Prozent. Bis Anfang der 1980er Jahre ging dies Hand in Hand mit entsprechend hohen Unternehmensinvestitionen. Seitdem aber sind die Investitionen – bei annähernd gleichbleibender Gewinnentwicklung – zurückgegangen. Dies ist nach Ansicht der Autoren nur möglich, weil „die Vermögen und die daraus erzielten Erträge [der Unternehmen] deutlich gewachsen“ sind.<sup>22</sup>

Betrachtet man diese Studie allerdings im Licht des linearen Wachstums und der damit einhergehenden Zins-Wachstums-Wende, so ist der Zusammenhang augenfällig: Eine Gewinnquote von mindestens 6 Prozent kann die Realwirtschaft seitdem nicht mehr bieten. Wohl aber vermag dies die Finanzwirtschaft, die – wie am Beispiel der Aktienmärkte deutlich wird – zwar an die Realwirtschaft anknüpft, dabei aber regelmäßig auf eine bestimmte *künftige* Entwicklung spekuliert. Der Einschätzung, welche Wachstumsraten realistisch sind, liegt dabei ebenfalls die Erwartung eines typischerweise exponentiellen Wachstums zugrunde. Dies geschieht, wie die IWS-Kernaussage zeigt, in der Regel lediglich implizit: Von exponentiellem Wachstum ist also zumeist gar nicht ausdrücklich die Rede, doch indem gleich bleibende prozentuale Zuwächse als Normalfall angesehen und auch als Maßstab für gleich bleibende Erfolge herangezogen werden, wird ein solches dennoch unterstellt.

Obwohl das relative Wirtschaftswachstum also stetig absank, lag, wie dargestellt, die Umlaufrendite lange Zeit weiter über 6 Prozent. Dementsprechend wuchs das Sachkapital des Unternehmenssektors langsamer als das BIP, was sich auch entsprechend negativ auf die Beschäf-

tigung auswirkte.<sup>23</sup> Der Staat kann zwar durch Steuer-senkungen oder Subventionen versuchen, den sich für verschuldete Unternehmen verschlechternden bzw. für vermögende Unternehmen unrentabler werdenden Investitionsbedingungen entgegenzuwirken. Doch bei einer sich weiter öffnenden Zins-Wachstums-Schere wird er in einen *ständigen Zugzwang* gesetzt, der sein Verschuldungsrisiko entsprechend erhöht.

## Die internationale Finanzkrise

Die so der Realwirtschaft davoneilende Finanzwirtschaft kann schließlich auch einen Erklärungsansatz für die aktuelle Finanzkrise bieten. Diese hat nach bisherigen Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Verlusten von weltweit über zwei Billionen US-Dollar geführt.<sup>24</sup> Es ist absehbar, dass diese Zahl weiter ansteigen wird. Die Wachstumsraten der meisten Volkswirtschaften sind eingebrochen, auch die Bundesrepublik befindet sich am Beginn der schärfsten Rezession ihres Bestehens.

Über die möglichen Ursachen wird in Politik, Medien und Wissenschaft heftig diskutiert. Auch hier gilt, dass eine monokausale Erklärung der Komplexität von Entstehung und Ablauf der Krise nicht gerecht werden kann. Gleichwohl erscheint folgender grundsätzlicher Zusammenhang, wenn auch nicht beweisbar, so doch sehr nahe liegend: Die Wachstumsraten praktisch aller entwickelten Volkswirtschaften sind aufgrund der linearen Wachstumstendenz in den vergangenen fünfzig Jahre beständig gesunken. Bis heute spielt jedoch die Feststellung des typischerweise linearen Wachstums weder in Politik noch Wissenschaft eine Rolle. Es kann somit nicht überraschen, wenn auch in den einzelnen Unternehmen, den Banken und an den Aktienmärkten weiterhin zumindest implizit ein exponentielles Wachstum erwartet und einkalkuliert wird.

Da jedoch die Realwirtschaft – im Durchschnitt – keine konstanten Wachstumsraten bieten kann und damit den Erwartungen nicht mehr gerecht wird, hat sich der Schwerpunkt der Investitionen – der betriebswirtschaftlichen Logik folgend – zunehmend auf die im Vergleich stetig lukrativer werdende Finanzwirtschaft verlagert. Deren vorausseilende Entwicklung ist aber seit der Zins-Wachstums-Wende immer weniger durch real erwirtschaftete Güter abgesichert. Die in der Finanzwirtschaft gehandelten Produkte werden infolgedessen in ihrem Wert zunehmend aufgebläht. Während in der Ausweitungphase die so ‚erwirtschafteten‘ Verdienste nur bei den Geldkapitalbesitzern ankommen, müssen nach dem Platzen der Spekulationsblase zumindest die bereits ver-

konsumierten ‚Luftgewinne‘ von der Realwirtschaft und damit der Volkswirtschaft insgesamt aufgefangen werden. Damit wird deutlich, welche *makroökonomischen* Folgen es hat, wenn lineares Wirtschaftswachstum und damit sinkende Raten auf der *mikroökonomischen* Ebene nicht als Normalfall akzeptiert werden.

## 5 Resümee

Wesentliche Teile der hier beschriebenen Entwicklungen werden – wenn auch größtenteils in Form von Randmeinungen – in der Literatur angesprochen. Dabei handelt es sich aber zum einen oft um nebeneinander stehende Erklärungsansätze auf verschiedenen Ebenen, die kein stimmiges Gesamtbild ergeben. Zum anderen und vor allem aber gewinnen diese Ansätze erst durch die Berücksichtigung des linearen Wirtschaftswachstums entscheidend an Schlüssigkeit: Fehlentwicklungen treten ein wenn

die Zinssätze dauerhaft über den Wachstumsraten liegen, sich also die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Wertschöpfungs- und Gewinnsteigerungen immer wieder aufs Neue nicht erfüllen. Ab einer solchen ‚Zins-Wachstums-Wende‘ verschieben sich die Anteile am Volkseinkommen zunehmend schneller hin zu den Geldvermögen, geraten immer mehr Unternehmen in die Schuldenfalle und wird Geld eher in Finanzprodukten angelegt denn in der Realwirtschaft investiert. Solche Fehlentwicklungen lassen sich nicht allein als eine typische Folge des monetären Systems erklären, sondern beruhen auch auf der fundamentalen Fehlannahme von typischerweise exponentiell wachsenden Volkswirtschaften. Diese unrealistischen Wachstumserwartungen betreffen jedoch nicht nur das Zinssystem, sondern sind eine Schlüsselerklärung für viele weitere negative Entwicklungen, die unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in einem ständig zunehmenden Maße belasten.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa Cezanne (2005), S. 238; so auch Creutz (2004), S. 53 ff.
- 2 Vgl. Borchert (2003), S. 38.
- 3 Vgl. Keynes (1936), S. 146.
- 4 Vgl. Schaper (2001), S. 90 f.
- 5 Vgl. Gesell (1949), S. 313 ff.
- 6 Vgl. Senf (2007), S. 180.
- 7 Vgl. Senf (2007), S. 181 f.
- 8 Vgl. Creutz (2009), Nr. 002.
- 9 Vgl. auch Creutz (2004), S. 258 ff.; Creutz (2009); Nr. 110.
- 10 Vgl. Creutz (2004), S. 280 ff.
- 11 Deutsche Bundesbank (2009c); Deutsche Bundesbank (2009b); eigene Berechnungen. Dies gilt auch für inflationsbereinigte Zahlen.
- 12 Vgl. Creutz (2004), S. 127 f.
- 13 Vgl. etwa Bontrup (2004), S. 575 ff.
- 14 Deutsche Bundesbank (2009c); Statistisches Bundesamt (2008), Tab. 1.2; eigene Berechnungen.
- 15 Deutsche Bundesbank (2009a); eigene Berechnungen.
- 16 Vgl. etwa Schulmeister (1995).
- 17 Glötzl spricht in diesem Zusammenhang vom „Phänomen von 1980“.
- 18 Der Deutsche Aktienindex sank gegenüber seinem Höchststand am 7. März 2000 mit 8.136 Punkten auf einen Tiefststand von 2.203 Punkten am 12. März 2003 ab; vgl. Spiegel-Online.
- 19 Vgl. Deutsche Bundesbank (2003), S. 15 ff.
- 20 Statistisches Bundesamt (2008), Tab. 9.7.
- 21 Statistisches Bundesamt (2009).
- 22 Hinze / Kirchesch (1999).
- 23 Vgl. dazu auch Schulmeister (1995).
- 24 Vgl. International Monetary Fund (2009), S. 2.

## Quellen

- Bontrup: Volkswirtschaftslehre. Grundlagen der Mikro- und Makroökonomie. 2. Auflage, München 2004.
- Borchert: Geld und Kredit. Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik. 8. Auflage, München 2003.
- Cezanne: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 6. Auflage, München 2005.
- Creutz: Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, erw. Taschenbuchauflage, Aachen 2004.
- Creutz: Darstellungen zur Zinskritik 2009, URL: <http://www.equilibrius.de>.
- Deutsche Bundesbank: Monatsbericht September 2003.
- Deutsche Bundesbank: Umlaufrenditen nach Wertpapierarten (Monats- und Tageswerte), Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 2009a, URL: [http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=WU0017](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=&func=row&tr=WU0017) (15.02.09).
- Deutsche Bundesbank: Zeitreihe OU0083: Kredite an Nichtbanken 2009b, URL: [http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=banken&func=row&tr=OU0083](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=banken&func=row&tr=OU0083) (15.02.09).
- Deutsche Bundesbank: Zeitreihe OU0191: Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken 2009c, URL: [http://www.bundesbank.de/statistik/statistik\\_zeitreihen.php?lang=de&open=banken&func=row&tr=OU0191](http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php?lang=de&open=banken&func=row&tr=OU0191) (26.02.09).
- Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung. 9. Auflage, Ansbach 1949.
- Glötzl: Arbeitslosigkeit. Über die kapitalismusbedingte Arbeitslosigkeit in alternden Volkswirtschaften und warum Keynes recht hatte und doch irrte, URL: <http://e.gloetzl.googlepages.com/vorträgeökonomie> (25.02.09).
- Hinze/Kirchesch 1999: Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen gelockert, in: Wirtschaftsdienst, Heft 11, S. 677–682.
- International Monetary Fund (Hg.): Global Financial Stability Report. Market Update (January 2009) 2009, URL: <http://www.imf.org/External/Pubs/FT/fmu/eng/2009/01/pdf/0109.pdf> (30.04.09).
- Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München / Leipzig 1936.
- Schaper: Makroökonomie. Ein Lehrbuch für Sozialwissenschaftler, Frankfurt/Main 2001.
- Schulmeister: Zinssatz, Wachstumsrate und Staatsverschuldung, in: WIFO-Monatsberichte, 1995, Heft 3, S. 165–180.
- Senf: Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise, 4. Auflage, Kiel 2007.
- Spiegel-Online: Die wichtigsten Wegmarken des Dax 2008, URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,563227,00.html> (10.04.09).
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Taschenbuch 2008, Wiesbaden 2008.
- Statistisches Bundesamt: Insolvenzen in Deutschland. Unternehmensinsolvenzen 2009.

Aus IWS-Sicht gelesen

# „Die Grenzen des Kapitalismus – Wie wir am Wachstum scheitern“

Andreas Exner, Christian Lauk und Konstantin Kulterer  
Ueberreuter, 2008 - 19,95 €

Buchbesprechung von Karsten Herzmann

*Im Jahr 2008 ein Buch mit dem Titel „Die Grenzen des Kapitalismus“ zu veröffentlichen, erscheint mutig, ruft dies doch Assoziationen zu den angestaubt wirkenden Debatten der Siebzigerjahre hervor. „Die Grenzen des...“ erinnert an den Klassiker der ökologischen Wachstumskritik „Die Grenzen des Wachstums“. Den Begriff „Kapitalismus“, der heutzutage meist durch den sanfter anmutenden der „Marktwirtschaft“ ersetzt wird, verbindet man mit der marxistischen Gesellschaftskritik. In gewisser Weise sind die Autoren mit diesem Titel aber auch Trendsetter. Schwindende Ressourcen und die Bedrohung durch den Klimawandel haben die Umweltdebatte schon seit einiger Zeit wiederbelebt. Infolge negativer Auswirkungen der Globalisierung, vor allem aber aufgrund der jüngsten Finanzkrise und der sich abzeichnenden weltweiten Rezession, scheint nunmehr auch der fundamentalen Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem in der öffentlichen Debatte mehr Gewicht zuzukommen.*

Der Ausgangspunkt des Buches ist die umfassende Ausrichtung von Lebensart, Weltansicht und Wirtschaftsweise auf Wachstum – in den Worten der Autoren: das „System des Wachstums“ (S. 10). Dessen Grundlage im Geld- und Zinssystem führe dazu, dass Wachstum Wachstum erzwingt (S. 112 ff.), das nur durch Ausbeutung erreichbar sei. Die traditionelle Ausbeutung der Arbeiter sei nach den beiden Weltkriegen einer intensiven Ausbeutung der Natur – insbesondere in den Ländern des Südens – gewichen, wodurch in den industrialisierten Ländern der soziale Frieden gesichert werden konnte. „Ökologisch gesehen verschiebt der neue Wachstumsmodus bloß die sozialen Kosten“ (S. 146).

Der erste Teil des Buches versucht aufzuzeigen, dass dieser Weg an sein Ende kommt. Der menschengeschaffene Klimawandel und die absehbare Ressourcenknappheit, insbesondere der „Peak“ fossiler Energieträger, stellen die auf Wachstum ausgerichtete globale Ökonomie vor Herausforderungen, die nach Ansicht der Autoren nicht durch alternative Technologien aufgefangen werden können. Den derzeit beliebten Visionen einer „ökologisch nachhaltig wachsenden Marktwirtschaft“, die gerade auch durch vormalige Wachstumskritiker propagiert wird, erteilen sie damit eine Absage (S. 39 ff.). Eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft werde auch Res-

ourcenverbrauch und Umweltprobleme weiterhin erhöhen („Die Effizienz hinkt mit halber Geschwindigkeit den Steigerungsraten hinterher“, S. 54). Erneuerbare Energien seien zwar die Lösung für das Versorgungsproblem, jedoch nicht auf derzeitigem Verbrauchsniveau (S. 80). Ein ökologischer Umbau der Wirtschaft bedürfe allerdings seinerseits Ressourcen, so dass damit möglichst bald begonnen werden müsse (S. 92 ff.).

Wenn aber das Wachstum an seine ökologischen Grenzen gelange, könne im Wachstum entgegen des „Stehsatz(es) der Politik“ (S. 7) auch nicht der Schlüssel zum Abbau der weltweiten Armut und zur Sicherung des Sozialstaates in den Industrieländern liegen. Vielmehr habe das „System Wachstum“ bereits seit 20 Jahren auf „Blasenökonomie“ sowie „Raub, Enteignung und brutale Marktausdehnung“ umgeschaltet, um die schwindende Gewinnrate der Weltökonomie zu heben (S. 14 ff., 151 f., 187, 208). Was unter „Blasenökonomie“ zu verstehen ist, haben die New-Economy-Euphorie und die jüngste Immobilienkrise gezeigt – mögliche Objekte der nächsten Blasenbildung könnten Emissionsrechte, Boden, Rohstoffe, Nahrungsmittel, Energie, Militärindustrie oder die Gentechnik sein (S. 210 f.). Die Autoren stellen daher die Frage, ob die Weltwirtschaft nicht schon jetzt eine „monströse Wette auf eine Zukunft, die nicht mehr kommt“ sei

(S. 17 f.). Hinzu trete das „räuberische“ Element, das sich durch die „Einhegung der letzten Gemeingüter (Wasser, Biodiversität, Wissen...), Privatisierung von staatlichen Diensten und Betrieben, Reichtumstransfer von Süd nach Nord, Vermarktung von Beziehung und Persönlichkeit“ zeige (S. 208).

Aus Sicht des IWS ist das Buch insofern interessant, als hier davon ausgegangen wird, dass ein Wirtschaftswachstum mit konstanten Raten nicht auf Dauer möglich ist. Und im Gegensatz zur ökologischen Wachstumskritik wird dabei nicht ausschließlich auf durch Ressourcenknappheit und Umweltprobleme erzeugte Wachstumsgrenzen abgestellt. Diese werden vielmehr als ein „externer Schock“ für das „System Wachstum“ betrachtet. Zwar müsse ein großer Teil des Überschusses nun darin investiert werden, ein Energie- und Stoffsystem auf erneuerbarer Basis einzusetzen und zu betreiben (S. 193). Unabhängig davon bezeichnen die Autoren unter Verweis auf Horst Afheldt und Norbert Reuter die „unhinterfragte“ Vorstellung eines exponentiellen Wachstums mit gleichbleibender Wachstumsrate als „offensichtlich absurd“ (S. 104) – schon weil eine gleich bleibende Steigerungsrate der Produktivität unmöglich erscheine (S. 203). Mit Verwunderung stellen die Autoren fest, dass ein derartiges exponentielles Wachstum – obwohl es ein solches nie gegeben habe – seit dem 19. Jahrhundert zum „unhinterfragten Standard“ wurde (S. 104).

Damit wird die Kernaussage des IWS – wenngleich nur in wenigen Sätzen – aufgegriffen. In dieser Prioritätensetzung zeigt sich der unterschiedliche Ansatz des Buches. Das IWS beschäftigt sich mit diesem „Standard“ gerade deswegen so intensiv, weil er – obwohl tatsächlich offensichtlich absurd – ein „unhinterfragter“ Standard ist. Dazu wird insbesondere die These, dass es exponentielles Wachstum (in entwickelten Volkswirtschaften) nie gegeben habe, durch eine Auswertung der BIP-Entwicklung einer Vielzahl von Ländern vorgenommen. „Die Grenzen des Kapitalismus“ hingegen ist bereits auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen hin ausgerichtet und damit Teil jener Diskussion um Auswege aus dem vom IWS festgestellten Dilemma einer auf exponentielles Wachstum ausgerichteten Gesellschaft, die „nur“ linear wächst.

Der Ausweg vor und nach dem Scheitern „am Wachstum“ liegt nach den drei Autoren in einer „solidarischen Ökonomie“, die sich jenseits der Ordnungen Staat und Markt entwickeln und auf Kooperation und Nachhaltigkeit hin ausgerichtet werden müsse. Zentrale Elemente dieser Idee sind die lokale Selbstversorgung und Netzwerke soli-

darischer Produktion, gerechte Verteilung des Wohlstands, der Abschied vom Wachstumsziel und der Abbau von Herrschaftsstrukturen. Diesem Ziel dient auch die Organisation SINET (Social Innovation Network), der Exner, Lauk und Kulterer angehören. Die Autoren verstehen ihre „solidarische Gesellschaft“ jedoch eher als Hinweis bzw. eine bloße Richtungsvorgabe für erste Schritte, denn als konkreten Vorschlag. Angesichts der auch von den Autoren aufgezeigten umfassenden Verknüpfung aller Lebensbereiche mit dem „System Wachstum“, aber auch aufgrund praktischer Erfahrungen mit hier geschilderten ersten Modellversuchen erscheint eine solche Einschränkung vernünftig. Zweifelsohne ließe sich ein Gegenbuch verfassen, das den Titel trüge „Wie wir an der ‚solidarischen Gesellschaft‘ scheitern“. Damit verliert freilich ein solches Gedankenexperiment nicht seine Berechtigung.

Mit dieser konkreteren Ausrichtung auf gesellschaftlichen Wandel zeigt sich zugleich, dass das Buch auf ein spezifisches, insoweit potentiell zu derartigen Veränderungen bereites Publikum ausgerichtet ist. Dem Buch gelingt es, linke Strömungen verschiedener Generationen und Ausrichtungen zu vereinen. Marxisten, Gewerkschafter, Umweltschützer, Friedensaktivisten und Globalisierungsgegner können sich auf dieses Buch verständigen. Damit wird eine große Zielgruppe, in deren Umfeld sich die Autoren zudem in den letzten Jahren bewegt haben, erreicht.

Ein großer Teil der Gesellschaft wird jedoch möglicherweise ausgeschlossen. Die einleitenden, gut recherchierten Kapitel zu ökologischen Ressourcengrenzen und Umweltproblemen sind zwar inhaltlich und sprachlich dem Mainstream angenähert. Die nachfolgenden Teile zu Gestalt und Gefahren des „Systems Wachstum“ wechseln aber über in eine im politischen wie wissenschaftlichen Betrieb (mittlerweile) ungewohnt kantige Sprache und werden durch eine beinahe martialische Darstellung eines „brutalen Überlebenskampfes des kapitalistischen Systems“ dominiert. Die Rückkehr zu einer solchen Klassenkampfretorik erscheint insofern konsequent, als dass die Autoren die Verschärfung des zwischenzeitlich durch Ausbeutung der Natur geminderten Konflikts zwischen Kapital und Arbeit feststellen und eine weitere Eskalation vorhersagen. Auch der Abschied von durch das „System Wachstum“ vermittelten individuellen Hoffnungen und Illusionen über künftige Karrieren, Verbesserungen und Gewinne hin zur wenig luxuriös anmutenden „solidarischen Ökonomie“ bedarf wohl eines derart eindringlichen Zuspruchs, dass er bisweilen ins Pathetische abgleitet („Was wir tun, hat Bedeutung. Wir entscheiden,

welchen Weg die Welt in dieser Krisensituation einschlägt. Vielleicht für lange Zeit“, S. 211). Nicht jeder aber mag hierfür zugänglich sein.

Die Botschaft, dass entwickelte Volkswirtschaften nicht exponentiell wachsen, ist damit in „Die Grenzen des Kapitalismus“ zwar enthalten, was bereits für sich genommen bemerkenswert ist. Die Darstellung der These, dass das „System Wachstum“ sozial und ökologisch zerstörerisch wirke und durch einen Systemwechsel überwunden werden müsse, steht jedoch im Mittelpunkt. Das Buch zielt dabei trotz seiner wissenschaftlichen Form vor allem auf eine politische Aktivierung für einen solchen System-

wechsel ab. Insofern ist hierin ein klar positionierter Beitrag zu einer Diskussion um mögliche Reaktionen auf das „nur“ lineare Wachstum entwickelter Volkswirtschaften zu sehen. Eine solche – erst noch zu schaffende – Debatte müsste jedoch angesichts der Reichweite des Problems auf breiter Basis in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft geführt werden. Ob dieses Buch hierzu beitragen kann, muss angesichts der fundamentalen Kritik am bestehenden Gesellschaftssystem, die gerade auch wegen ihres kämpferischen Stils weithin auf Ablehnung treffen wird, bezweifelt werden.

## Quellen

Afheldt, Horst: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder, München 1994.

Meadows, Dennis / Meadows, Donella / Zahn, Erich / Milling, Peter: Die Grenzen des Wachstums, Hamburg 1973.

Reuter, Norbert: Ökonomik der „Langen Frist“ . Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg 2000.

IWS-Studie:  
Sozialreformen seit 1989

# Die Reform der Gesetzlichen Pflegeversicherung

von Kay Bourcarde

## Reform der ...

Gesetzlichen Krankenversicherung	(in Heft 1)
Gesetzlichen Rentenversicherung	(in Heft 2)
Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung	(in Heft 3)
<b>Gesetzlichen Pflegeversicherung</b>	<b>(in Heft 4)</b>

**Mit einer Betrachtung der Reformen im Bereich der Gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) schließt das IWS – vorläufig – seine Studie zu den Sozialreformen seit 1989 ab. Wie bereits die vorangegangenen Untersuchungen zur Gesetzlichen Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung gezeigt haben, waren die Gesetzesänderungen so zahlreich, aufwendig und zugleich grundlegend, dass sie kaum mehr überblickt werden können. Dementsprechend, so die wiederkehrende Feststellung, kann es nicht überraschen, wenn in der Öffentlichkeit die jeweils aktuellen Reformen weitgehend losgelöst von den vorangegangenen Änderungen diskutiert werden. Solche ausschnittartigen Betrachtungen können jedoch immer nur „Momentaufnahmen“ sein. Ziel dieser vierteiligen Reihe war es daher, die teils auch gegenläufigen Änderungen im Sozialversicherungsrecht zusammenhängend darzustellen.**

## 1 Einleitung

Der Reformweg der Gesetzlichen Pflegeversicherung zeichnet sich im Vergleich mit dem der anderen Sozialversicherungszweige durch einen grundlegenden Unterschied aus, ohne dessen Kenntnis auch die „Stoßrichtung“ späterer Reformen nicht verstanden werden kann: Die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung (ebenso die Unfallversicherung) haben in Deutschland eine lange Tradition, die teils weit vor die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland zurückreicht.<sup>1</sup> Diesen Versicherungen ist gemein, dass sie bis in die 1970er Jahre hinein ausgebaut worden waren, wohingegen seitdem zwar viele Reformen auch einen Umbau zum Ziel hatten, hinsichtlich des Leistungsumfangs jedoch eine klare Tendenz zu dessen Abbau zu beobachten ist.

Mit der Gesetzlichen Pflegeversicherung verhält es sich anders. Bis zum 1. Januar 1995 war das Risiko der Pflegebedürftigkeit „als einziges großes gesellschaftstypisches Lebensrisiko nicht öffentlich-rechtlich abgesichert.“<sup>2</sup>

Pflegebedürftige mussten ihr Vermögen einsetzen, die Sozialhilfe bildete lediglich das letzte Auffangnetz. Der Handlungsdruck auf die Politik wuchs, denn mit der steigenden Zahl an Pflegebedürftigen wurden nicht nur die sozialen Probleme größer, sondern auch die finanzielle Belastung im Rahmen der Sozialhilfe nahm zu. So entfiel vor Inkrafttreten der GPV etwa ein Drittel der Gesamtausgaben auf die Unterstützung Pflegebedürftiger.<sup>3</sup> 1994 verabschiedete der Bundestag nach jahrzehntelanger Diskussion schließlich das Pflegeversicherungsgesetz. Die Pflegeversicherung wurde als „fünfte Säule“ des Sozialversicherungssystems in einem XI. Sozialgesetzbuch geregelt. Nachfolgend wird eine Übersicht zum Leistungsumfang bei der Einführung der Pflegeversicherung gegeben. Die Grundprinzipien sind weitgehend erhalten geblieben und werden daher im Weiteren nur erwähnt, falls sie Änderungen unterworfen waren. Soweit Leistungen bis heute in gleichem Umfang erhalten geblieben sind, wird zur Verdeutlichung im Text auf die Vergangenheitsform verzichtet.

## Kurzübersicht: Die Prinzipien der Gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV)

Die GPV wurde 1995 als fünfte Säule der öffentlich-rechtlich verfassten Sozialversicherung eingeführt und hat als solche Gemeinsamkeiten mit den übrigen Sozialversicherungszweigen, weist jedoch auch einige Besonderheiten auf. Zwar handelt es sich ebenfalls um eine *Pflichtversicherung* mit eigenständiger Finanzierung, sie steht jedoch unter dem Dach der Gesetzlichen Krankenversicherung.<sup>i</sup> Alle Mitglieder der GKV sind automatisch auch Mitglied in der GPV. Der Gesetzgeber ist mit dem Grundsatz „Die Pflegeversicherung folgt der Krankenversicherung“ jedoch noch einen Schritt weitergegangen und hat ihn auch auf privat Krankenversicherte bzw. die privaten Krankenversicherungsunternehmen erweitert. Für diese besteht ein so genannter *Kontrahierungszwang*, was bedeutet, dass Personen in einer privaten Krankenversicherung sich zugleich auch gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit absichern müssen und umgekehrt die privaten Krankenversicherungen ihre Leistungen nur im Paket anbieten dürfen. Diese können ihre Beiträge („Prämien“) nicht – wie sonst für die private Versicherungswirtschaft typisch – nach der Höhe der Leistung oder des Risikos bemessen. Die Prämien dürfen zudem nicht den Höchstbetrag der Gesetzlichen Pflegeversicherung übersteigen, Kinder des Versicherungsnehmers sind beitragsfrei mitzuversichern.<sup>ii</sup>

Aus der „Zwangsehe“ von Pflege- und Krankenversicherung einerseits und der Einführung eines allgemeinen Krankenversicherungsschutzes mittels des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2007<sup>iii</sup> andererseits folgt, dass nunmehr prinzipiell alle Einwohner der Bundesrepublik gesetzlich oder privat pflegeversichert sein müssen. Die Leistungen der Gesetzlichen Pflegeversicherung sollen Pflegebedürftigen helfen, „trotz ihres Hilfebedarfs ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.“<sup>iv</sup> Pflegebedürftig sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die üblichen alltäglichen Verrichtungen dauerhaft und in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen.<sup>v</sup> Vorrangig soll dabei die häusliche Pflege und die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Nachbarn unterstützt werden, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer Umgebung bleiben können.<sup>vi</sup> Wie bei der Gesetzlichen Krankenversicherung steht das Sachleistungsprinzip im Vordergrund, es ist hier aber weniger stark ausgeprägt, da anstelle von Pflegeleistungen auch ein Pflegegeld oder eine Kombination aus beidem gewährt werden kann.<sup>vii</sup> Die Höhe der Leistungsgewährung richtet sich nach der Pflegebedürftigkeit, wobei die Betroffenen drei *Pflegestufen* zugeordnet werden.<sup>viii</sup> Im Unterschied zu den anderen Sozialversicherungszweigen bietet die GPV allerdings nur eine *Grundsicherung*, die Leistungen sind betragsmäßig begrenzt. Ein über die gewährte Grundsicherung hinaus gehender Pflegebedarf muss daher weiterhin privat finanziert und – wo dies nicht möglich ist – durch die Sozialhilfe gedeckt werden.

Die Gesetzliche Pflegeversicherung finanziert sich über die Beiträge der Versicherungspflichtigen, die prozentual zum Bruttoeinkommen erhoben werden und die von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu zahlen sind. Äußerlich handelt es sich dabei um eine *paritätische Finanzierung*, bei der beide Seiten jeweils die Hälfte tragen.<sup>ix</sup> Tatsächlich wird der Arbeitgeberanteil jedoch durch Streichung eines landesweiten gesetzlichen Feiertages teilweise kompensiert.<sup>x</sup> Kinderlose Versicherte zahlen einen höheren Beitragssatz. Der Beitragssatz wird zum 1.7.2009 von bisher 1,7% (1,95% für Kinderlose) auf 1,95% (2,2% für Kinderlose) angehoben.<sup>xi</sup> Das Einkommen der Versicherten ist wie in allen anderen Sozialversicherungszweigen nicht unbegrenzt beitragspflichtig, sondern nur bis zu einer Obergrenze, der *Beitragsbemessungsgrenze*. Die Beitragsbemessungsgrenze der GPV ist identisch mit der der GKV und beträgt ab dem Jahr 2009 bundesweit 3.675 Euro monatlich.<sup>xii</sup>

Rechtsgrundlage der GPV ist das Elfte Sozialgesetzbuch (SGB XI).

## 2 Leistungsumfang bei Einführung der GPV

Die Pflegeversicherung gewährte von Beginn an einen Katalog verschiedener Leistungen. Insbesondere waren dies Pflegesachleistungen, Pflegegeld, Pflegevertretung,

Pflegehilfsmittel, Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflege, stationäre Pflege, Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen sowie Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen.<sup>4</sup> Wie in der Kurzübersicht dargestellt, soll die Pflegeversicherung vorrangig häusliche Pflege unterstützen, teilstationäre Pflege und Kurz-

zeitpflege gehen der vollstationären Pflege vor. Die Höhe der Leistungen richtet sich pauschal nach der jeweiligen Pflegestufe.

## 2.1 Pflegestufen

**Pflegestufe I:** *Erheblich Pflegebedürftige* sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. Zeitaufwand: min. 90 Minuten, davon min. 45 Minuten für die Grundpflege.

**Pflegestufe II:** *Schwerpflegebedürftige* sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder Mobilität mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. Zeitaufwand: min. 3 Stunden, davon min. 2 Stunden für die Grundpflege.

**Pflegestufe III:** *Schwerstpflegebedürftige* sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder Mobilität rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. Zeitaufwand: min. 5 Stunden, davon min. 4 Stunden für die Grundpflege.<sup>5</sup>

Derzeit lässt das Bundesgesundheitsministerium prüfen, ob die Pflegestufen stärker ausdifferenziert werden sollen.<sup>6</sup>

## 2.2 Häusliche Pflege

Im Rahmen der häuslichen Pflege<sup>7</sup> besteht grundsätzlich die Auswahl zwischen Pflegesachleistungen und Pflegegeld. Sach- und Geldleistungen können auch kombiniert werden.<sup>8</sup>

**Sachleistungen:** Pflegebedürftige erhielten pro Monat Sachleistungen im Wert von 750 DM (Pflegestufe I), 1.800 DM (Pflegestufe II) oder 2.800 DM (Pflegestufe III). In Härtefällen, wenn das übliche Maß der Pflegestufe III weit überschritten wird, konnten bis 3.750 DM gewährt werden. Die Pflegekassen hatten sicherzustellen, dass diese Ausnahmeregelung in nicht mehr als 3% der Fälle von Pflegestufe III angewendet wurde.<sup>9</sup>

**Pflegegeld:** Anstelle der häuslichen Pflegehilfe kann ein Pflegegeld beantragt werden. Dessen Höhe betrug 400 DM (Pflegestufe I), 800 DM (Pflegestufe II) oder 1.300 DM (Pflegestufe III).<sup>10</sup>

## 2.3 Teilstationäre Pflege / Kurzzeitpflege

**Teilstationäre Pflege:** Kann die häusliche Pflege nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt werden, haben Pflegebedürftige einen Anspruch auf teilstationäre Pflege in Einrichtungen der Tages- oder Nachtpflege inklusive der Beförderung zu diesen. Soweit der vorgesehene Höchstwert für die jeweilige Pflegestufe nicht ausgeschöpft wird, erhalten die Pflegebedürftigen ein anteiliges Pflegegeld. Übernommen wurden pro Monat 750 DM (Pflegestufe I), 1.500 DM (Pflegestufe II) oder 2.100 DM (Pflegestufe III).<sup>11</sup>

**Kurzzeitpflege:** In besonderen Situationen, wenn die häusliche Pflege (noch) nicht in dem erforderlichen Umfang erbracht werden kann und auch teilstationäre Pflege nicht ausreicht, besteht Anspruch auf stationäre Pflege, maximal vier Wochen pro Kalenderjahr. Voraussetzung war, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen vorher mindestens zwölf Monate in seiner häuslichen Umgebung gepflegt hat. Die Aufwendungen durften 2.800 DM im Kalenderjahr nicht überschreiten.<sup>12</sup>

## 2.4 Vollstationäre Pflege

Voraussetzung für eine vollstationäre Pflege ist, dass häusliche oder teilstationäre Pflege nicht möglich ist oder wegen der Besonderheit des einzelnen Falles nicht in Betracht kommt. Unter diesen Umständen übernahm die Pflegekasse die Kosten von pflegebedingten Aufwendungen im Rahmen von vollstationärer Pflege bis zu einem Betrag von 2.800 DM pro Monat. Dabei durften die jährlichen Ausgaben der Pflegekassen im Durchschnitt 30.000 DM je Pflegebedürftigen nicht überschreiten. Bei Härtefällen konnten bis zu 3.300 DM pro Monat übernommen werden. Die Pflegekassen haben sicherzustellen, dass diese Ausnahmeregelung in nicht mehr als 5% der Fälle von Pflegestufe III angewendet wird. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung haben die Pflegebedürftigen selbst zu tragen.<sup>13</sup>

## 2.5 Weitere Pflegeleistungen

**Pflegevertretung:** Ist eine Pflegeperson wegen Erholungsurlaubs, Krankheit oder aus anderen Gründen an der Pflege gehindert, übernimmt die Pflegekasse die Kosten für eine Ersatzpflegekraft. Dies geschah für längstens vier Wochen je Kalenderjahr in Höhe von bis zu 2.800 DM. Voraussetzung war, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen bereits mindestens zwölf Monate gepflegt hat.<sup>14</sup>

**Pflegehilfsmittel:** Die Pflegekasse hat die Kosten von zum Verbrauch bestimmten Pflegehilfsmitteln in Höhe

## Übersicht: Wichtige Veränderungen bei der GPV

(in Euro, soweit nicht anders dargestellt handelt es sich um monatliche Beträge.  
Alle Leistungen werden ab 2015 dynamisiert, die meisten zuvor bis 2012 per Gesetz angehoben)

	1989	2009
<b>Beitragsatz</b>	1,0% (1,7% ab 1996)	1,95% / 2,2% <sup>a)</sup>
<b>Häusliche Pflegesachleistungen</b>	384 € / 921 € 1.432 € (1.918 €) <sup>b)</sup>	420 € / 980 € / 1.470 € (1.918 €)
<b>Pflegegeld</b>	205 € / 410 € / 665 €	215 € / 420 € / 675 €
<b>Teilstationäre Pflege</b>	384 € / 767 € / 1.074 €	420 € / 980 € / 1.470 €
<b>Kurzzeitpflege (max. 4 Wochen / Jahr)<sup>c)</sup></b>	max. 1.432 € / Jahr	max. 1.470 € / Jahr
<b>Vollstationäre Pflege (pauschal seit 1996)<sup>d)</sup></b>	1.023 € / 1.279 € 1.432 € / Jahr	1.023 € / 1.279 € / 1.470 € (1.750 €) <sup>b)</sup>
<b>Pflegevertretung (max. 4 Wochen / Jahr)<sup>e)</sup></b>	1.432 € / Jahr	1.470 € / Jahr
<b>Leistungen f. Pflegebedürftige m. erheblichem Betreuungsbedarf</b>	---	2.400 € / Jahr

a) mit / ohne Kinder

b) im Härtefall

c) Voraussetzung war bis 1999, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen vorher min. zwölf Monate gepflegt hat.

d) Der von der Pflegekasse zu übernehmende Anteil darf jedoch 75% der Gesamtkosten nicht überschreiten.

e) Voraussetzung war bis Juni 2008, dass die Pflegeperson den Pflegebedürftigen vorher min. zwölf Monate gepflegt hat; seitdem sechs Monate



von monatlich maximal 60 DM (heute: 31 Euro) zu übernehmen. Die Kosten von nicht zum Verbrauch bestimmten Pflegehilfsmitteln werden übernommen (vorrangig werden diese von den Pflegekassen verliehen), allerdings müssen volljährige Versicherte 10% zuzahlen (höchstens jedoch 50 DM / heute: 25 Euro). In Härtefällen kann der Versicherte von der Zuzahlung befreit werden. Die Pflegekassen können darüber hinaus subsidiär Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes gewähren (z.B. für technische Hilfen im Haushalt). Dabei ist die Höhe des Einkommens des Versicherten zu berücksichtigen. Die Zuschüsse dürfen einen Betrag von 5.000 DM (heute: 2.557 Euro) je Maßnahme nicht überschreiten.

## 2.6 Leistungen für Pflegepersonen

Pflegepersonen sind Personen, die nicht erwerbsmäßig einen Pflegebedürftigen in seiner häuslichen Umgebung pflegen.<sup>15</sup> Soweit die Pflegeperson regelmäßig nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich erwerbstätig ist, zahlt die GPV für diese Beiträge an die Gesetzliche Rentenversicherung.<sup>16</sup> Für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen bietet die Pflegekasse unentgeltlich Schulungskurse an.<sup>17</sup>

## 3 Reformweg

### 3.1 Beitragsatz

Der Beitragsatz betrug bei der Einführung der GPV ab dem 1.1.1995 bundeseinheitlich 1,0%. Im Gesetz war

bereits festgelegt, dass er ab dem 1.7.1996 auf 1,7% steigen sollte.<sup>18</sup> Im April 2001 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass Eltern nicht mit einem gleich hohen Beitrag wie Kinderlose belastet werden dürfen.<sup>19</sup> Der Gesetzgeber reagierte darauf, indem ab 2005 der Beitragsatz für Kinderlose, die das 23. Lebensjahr vollendet haben, um 0,25 Beitragssatzpunkte erhöht wurde und damit 1,95% betrug. Der Arbeitnehmeranteil stieg damit von 0,85% auf 1,1%.<sup>20</sup> Zum 1.7.2009 wird der Beitragsatz weiter angehoben von 1,7% (1,95% für Kinderlose) auf 1,95% (2,2% für Kinderlose).<sup>21</sup>

### 3.2 Häusliche Pflege

Seit der Einführung der Pflegeversicherung und bis 2008 sind die Beträge der wichtigsten Leistungen nicht angehoben, sondern lediglich bei der Euro-Einführung entsprechend umgerechnet worden. Durch den Geldwertverfall kam es daher zu einem realen Leistungsrückgang.<sup>22</sup> Mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 werden die Leistungen bis 2012 stufenweise angehoben und danach dynamisiert, d.h. im Abstand von drei Jahren erfolgt eine Anhebung entsprechend der Preisentwicklung.

**Sachleistungen:** Im Falle der häuslichen Pflege führt dies zu folgenden Erhöhungen von Sachleistungsbeträgen: In der Pflegestufe I von bisher 384 Euro über 420 Euro (2008) und 440 Euro (2010) auf 450 Euro (2012). In der Pflegestufe II von bisher 921 Euro über 980 Euro (2008) und 1.040 Euro (2010) auf 1.100 Euro (2012). In der Pflegestufe III von bisher 1.432 Euro über 1.470 Euro (2008) und 1.510 Euro (2010) auf 1.550 Euro (2012). Die Höhe der Leistung bei Härtefällen blieb gleich bei 1.918 Euro.<sup>23</sup>

**Pflegegeld:** Seit 1999 wird Pflegegeld, das in dem Monat gezahlt wurde, in dem der Pflegebedürftige gestorben ist, bis zum Ende des Kalendermonats geleistet. Zuvor mussten die Hinterbliebenen einen Teil des Geldes zurückzahlen.<sup>24</sup> Seit 2008 wird das Pflegegeld ebenfalls bis 2012 stufenweise angehoben: In der Pflegestufe I von bisher 205 Euro über 215 Euro (2008) und 225 Euro (2010) auf 235 Euro (2012). In der Pflegestufe II von bisher 410 Euro über 420 Euro (2008) und 430 Euro (2010) auf 440 Euro (2012). In der Pflegestufe III von bisher 665 Euro über 675 Euro (2008) und 685 Euro (2010) auf 700 Euro (2012). Danach erfolgt auch hier die Anhebung dynamisch im Abstand von drei Jahren entsprechend der Preisentwicklung.<sup>25</sup>

### 3.3 Teilstationäre Pflege / Kurzzeitpflege

1999 wurde bei der Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege die Voraussetzung gestrichen, dass die Pflegeperson

zuvor mindestens ein Jahr lang die Pflege erbracht haben muss.<sup>26</sup> Ebenfalls 1999 wurden die Höchstbeträge bei teilstationärer Tages- oder Nachtpflege bei Pflegestufe II von 1.500 DM auf 1.800 DM, bei Pflegestufe III von 2.100 auf 2.800 DM erhöht und damit den Leistungen im Rahmen der häuslichen Pflege angeglichen.<sup>27</sup> Seit 2008 werden diese im gleichen Umfang wie die Sachleistungsbeträge der häuslichen Pflege erhöht und sollen danach ebenfalls dynamisiert werden (siehe 3.2). Zudem besteht seither neben dem Anspruch auf teilstationäre Pflege noch ein zusätzlicher Anspruch in halber Höhe auf die jeweilige häusliche Pflegesachleistung bzw. das Pflegegeld (und umgekehrt).<sup>28</sup>

### 3.4 Vollstationäre Pflege

Die Leistungen der vollstationären Pflege sind seit Einführung der Pflegeversicherung ebenfalls nicht erhöht worden. Im Gegensatz zur häuslichen und teilstationären Pflege bzw. Kurzzeitpflege bleiben in den Stufen I und II die Sachleistungsbeträge im vollstationären Bereich bis zum Beginn der Dynamisierung unverändert. In der Pflegestufe III werden sie hingegen angehoben von bisher 1.432 Euro über 1.470 Euro (2008) und 1.510 Euro (2010) auf 1.550 Euro (2012). Bei Härtefällen steigen sie von bisher 1.688 Euro über 1.750 Euro (2008) und 1.825 Euro (2010) auf 1.918 Euro (2012). Danach erfolgt in allen Stufen die Anhebung dynamisch im Abstand von drei Jahren entsprechend der Preisentwicklung.<sup>29</sup>

Seit 1996 hat die Pflegekasse die bei vollstationärer Pflege zu tragenden Kosten (weiterhin ohne die Kosten für Unterkunft und Verpflegung) pauschal entsprechend der jeweiligen Pflegestufe übernommen (Pflegestufe I: 2.000 DM, Pflegestufe II: 2.500 DM, Pflegestufe III: 2.800 DM, Härtefälle: 3.300 DM). Insgesamt darf der von der Pflegekasse zu übernehmende Anteil jedoch 75% nicht übersteigen (hier gemessen an den Gesamtkosten, also einschließlich Unterkunft und Verpflegung).<sup>30</sup> Diese Regelung galt zunächst nur übergangsweise und wurde insgesamt vier Mal verlängert,<sup>31</sup> bis sie schließlich 2007 auf Dauer eingeführt worden ist.<sup>32</sup>

### 3.5 Weitere Änderungen

**Pflegevertretung:** Seit 1996 werden die Kosten für die Pflegevertretung, wenn diese durch eine nicht erwerbsmäßige Pflegeperson erfolgt, nur bis zum Betrag des Pflegegeldes der festgestellten Pflegestufe gezahlt. Zusätzlich können von der Pflegekasse notwendige Aufwendungen wie Verdienstaufschlag oder Fahrkosten<sup>33</sup> übernommen werden, die der Ersatzpflegekraft entstanden sind.<sup>34</sup> Im

Rahmen der Umgestaltungen der Leistungen durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 wird die Leistung der Verhinderungspflege schrittweise von bisher 1.432 Euro über 1.470 Euro (2008) und 1.510 Euro (2010) auf 1.550 Euro (2012) erhöht. Danach erfolgt die Anhebung ebenfalls dynamisch im Abstand von drei Jahren entsprechend der Preisentwicklung. Zudem kann die Pflegevertretung nun bereits in Anspruch genommen werden, wenn die Pflegeperson den Pflegebedürftigen seit sechs Monaten (statt bisher zwölf) gepflegt hat.<sup>35</sup>

**Leistungen für Pflegebedürftige mit erheblichem Betreuungsbedarf:** Seit 2002 können Personen, die einen zusätzlichen erheblichen Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung bzw. Betreuung haben – insbesondere Demenzkranke, geistig Behinderte oder Personen mit psychischen Erkrankungen – zusätzliche Betreuungsleistungen im Wert von bis zu 460 Euro pro Kalenderjahr in Anspruch nehmen.<sup>36</sup> Dieser sehr geringe Betrag ist 2008 auf bis zu 2.400 Euro jährlich angehoben worden. Dies gilt nun auch für Betroffene ohne erheblichen Pflegebedarf der so genannten „Pflegestufe 0“.<sup>37</sup>

Die Pflegekasse bezahlt seit 2008 an stationäre Betreuungseinrichtungen einen Vergütungszuschlag für die zusätzliche Betreuung von Demenzkranken, so dass für jeweils 25 Betroffene eine zusätzliche Pflegekraft eingestellt werden kann.<sup>38</sup>

**Medizinische Behandlungspflege:** 1996 wurde beschlossen, dass Kosten der medizinischen Behandlungspflege im Rahmen von teilstationärer Pflege, Kurzzeitpflege oder stationärer Pflege bis einschließlich 1999 von der Pflegeversicherung übernommen werden. Auch die Kosten der sozialen Betreuung in Pflegeheimen werden innerhalb der Leistungsobergrenzen übernommen. Diese Kosten trug der Pflegebedürftige zuvor selbst.<sup>39</sup> Die Regelung wurde zunächst 1999 um zwei Jahre,<sup>40</sup> 2001 um drei Jahre<sup>41</sup> und 2005 um weitere drei Jahre verlängert.<sup>42</sup> 2007 schließlich ist die Übernahme der Kosten auf Dauer zu einer Leistung der Pflegeversicherung gemacht worden.<sup>43</sup>

**Qualitätsmanagement und Beratung:** 2002 trat das „Gesetz zur Qualitätssicherung und zur Stärkung des Verbraucherschutzes in der Pflege“ in Kraft. Unter anderem verpflichtet es die Pflegeheime und -dienste (ergänzend zu der externen Qualitätssicherung durch die Landesverbände der Pflegekassen) ein einrichtungsinternes Qualitätsmanagement einzuführen. Desweiteren ist das neue Instrument der Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen geschaffen worden, das dem Zweck dienen soll, die Pflege selbstverwaltung (bestehend aus Leistungserbringern und -trägern) bei der Sicherstellung einer qualitativ hoch-

wertigen Pflege zu stärken.<sup>44</sup> Neuen Verfahren wurden eingeführt, die die Personalbemessung bei Pflegeeinrichtungen auf wissenschaftliche Grundlagen stellen sollen.<sup>45</sup> Außerdem wurden die Pflegekassen verpflichtet, den Pflegebedürftigen über mögliche Leistungen und Vergütungen zugelassener Pflegeeinrichtungen zu informieren, Beratung anzubieten und die Leistungen stärker an den jeweiligen Bedürfnissen bzw. an der jeweiligen Situation auszurichten.<sup>46</sup> 2008 wurden schärfere Qualitätsstandards beschlossen; Einrichtungen werden seither jährlich überprüft und die Prüfberichte veröffentlicht.<sup>47</sup> Ab spätestens 1.1.2009 sollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen zentrale Anlaufstelle für Betroffene und Angehörige eingerichtet worden sein, die ein Fallmanagement anbieten. Die Anlaufstellen haben hierzu einen Versorgungsplan zu erstellen und sollen so bei der Organisation der Pflege sowie bei der Vermittlung von Pflegediensten, Haushalts-hilfen und Heimen unterstützen.<sup>48</sup>

### 3.6 Weitere Neuerungen ab 2008:

**Pflegezeit / Freistellung:** Seit 1.7.2008 besteht Anspruch auf eine Pflegezeit. Für bis zu sechs Monate kann sich dann ein Arbeitnehmer (in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten) von der Arbeit freistellen lassen. In dieser Zeit bezieht er kein Gehalt, ist aber weiter sozialversichert.<sup>49</sup> Darüber hinaus wird für den Fall einer unerwartet auftretenden „Pflagesituation“ ein Anspruch auf kurzzeitige Freistellung von bis zu zehn Arbeitstagen eingeführt.<sup>50</sup>

**„Poolen“ von Ansprüchen:** Zur Förderung von Wohnformen wie Senioren-WGs können seit 2008 Sachleistungsansprüche gemeinsam mit anderen Leistungsberechtigten wahrgenommen werden.<sup>51</sup>

**Prävention und Rehabilitation:** Die bereits bestehende Verpflichtung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung, in jedem Gutachten zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit (unabhängig von dessen Ergebnis) darzustellen, welche Leistungen der medizinischen Rehabilitation im jeweiligen Fall geboten sind, wird konkretisiert. Stationäre Pflegeeinrichtungen sollen durch finanzielle Anreize dazu bewegt werden, stärker auf aktivierende Pflege und Rehabilitation zu setzen.<sup>52</sup>

## 4 Zusammenfassung und Fazit

Im direkten Vergleich mit dem Reformweg der Gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wird ein Unterschied unmittelbar deutlich: Bei den anderen drei Sozialversicherungszweigen zielten die meisten Reformen seit 1989 auf Leistungseinschränkungen ab,

um eine Senkung oder zumindest Stabilisierung des Beitragssatzes zu erreichen. Nicht so im Falle der Pflegeversicherung. Diese wurde in einer Zeit eingeführt, während der die Zeichen in der Sozialpolitik bereits auf Konsolidierung standen. Dementsprechend war die GPV von vornherein lediglich als eine Grundsicherung konzipiert. Ihre Zuschüsse bewahren daher viele, aber keineswegs alle Pflegebedürftigen davor, in die Sozialhilfe abzugleiten: Die Zahl derer, die auf ergänzende Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind, hat sich in den ersten drei Jahren nach Einführung der Pflegeversicherung auf rund 222.000 halbiert. Seitdem ist sie wieder etwas angestiegen auf etwa 273.000 in 2006.<sup>53</sup> Der erneute Anstieg mag auch damit zusammenhängen, dass die absoluten Beträge fast aller Leistungen bis 2008 konstant geblieben sind und somit real an Wert verloren.<sup>54</sup> Insgesamt ist mit Blick auf die Leistungen daher einerseits festzustellen, dass im Wesentlichen zwar nicht – wie in den anderen Sozialversicherungszweigen – Einschränkungen qua Gesetz vorgenommen worden sind. Andererseits muss aber erstens berücksichtigt werden, dass das Ausgangsniveau von vornherein vergleichsweise niedrig war und es zweitens mangels Dynamisierung zu einer faktischen Leistungssenkung kam. Soweit Leistungen hingegen bis 2007 ausgebaut wurden, handelte es sich zumeist um Änderungen im Detail (beispielsweise geringere Voraussetzungen zur Inanspruchnahme der Kurzzeitpflege bzw. Pflegevertretung) oder um nur bescheidene Verbesserungen (so die zusätzliche Betreuungsleistung für Demenzkranke im Wert von anfangs lediglich 460 Euro pro Jahr). Ansonsten betrafen die Reformen seit 1995 vor

allem das Qualitätsmanagement und die Beratung. Erst das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 führte zu erkennbaren Leistungsausweitungen. So wird die Leistung für Demenzkranke auf immerhin 2.400 Euro pro Jahr angehoben und kann nun auch Betroffenen gewährt werden, die nicht die Kriterien für Pflegestufe I erfüllen. Mit der Möglichkeit, Ansprüche zu „poolen“, wird das Leistungsrecht zudem flexibler. Schließlich wurde mit der ‚Pflegezeit‘ auch die Stellung der Pflegeperson verbessert. Vor allem aber ist die Anhebung und anschließende Dynamisierung fast aller Leistungen zu nennen, wodurch den Preissteigerungen entgegengewirkt wird. Unrühmliche Ausnahme bleiben hier die Leistungen der Stufen I und II in der vollstationären Pflege: Diese werden zusammen mit übrigen Beträgen erstmals 2015 im Rahmen der ersten Dynamisierung angehoben werden und dann nahezu zwanzig Jahre unverändert geblieben sein. Insgesamt hat das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz seinen Schwerpunkt nicht bei den Leistungen, sondern soll vielmehr die Inanspruchnahme derselben vereinfachen und verbessern, insbesondere mittels verstärkter Pflegeberatung, mehr Prävention sowie schärferen Qualitätsstandards. Dies ist sozialpolitisch wünschenswert, doch ein wichtiger Beweggrund für die Entstehung der Pflegeversicherung war es gewesen, Menschen im Falle ihrer Pflegebedürftigkeit nicht in die Sozialhilfe abgleiten zu lassen. Seit 2004 ist Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Pflegebedürftigen wieder deutlich gestiegen. Der Erfolg der letzten Pflegereform wird daher auch daran zu messen sein, ob sie diesen Trend umkehren kann.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa Benz/Boeckh/Huster (2006), S. 62 ff.
- 2 Vgl. Waltermann (2008), S. 110; Ausnahmen bildeten für ihren Regelungsbereich die Gesetzliche Unfallversicherung und das Recht der sozialen Entschädigung (z.B. Kriegsopferversorgung).
- 3 Vgl. Waltermann (2008), S. 110.
- 4 §§ 28, 36-45 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1024 ff.
- 5 § 15 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1020; BGBl. I, 1996, S. 830.
- 6 Vgl. Bundesministerium für Gesundheit (2009).
- 7 Seit 1996 ist häusliche Pflege auch dann möglich, wenn Pflegebedürftige – ohne sich dabei in einer stationären Pflegeeinrichtung zu befinden – nicht in ihrem eigenen Haushalt gepflegt werden (BGBl. I, 1996, S. 831).
- 8 § 38 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1026.
- 9 § 36 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1025.
- 10 § 37 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1025.
- 11 § 41 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1026.
- 12 § 42 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1026 f.
- 13 § 43 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1027.
- 14 § 39 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1026.
- 15 § 19 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1021.
- 16 § 44 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1027.
- 17 § 45 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1027.
- 18 § 55 SGB XI; BGBl. I, 1994, S. 1030.
- 19 Vgl. BVerfGE 103, 271.
- 20 BGBl. I, 2004, S. 3448.
- 21 BGBl. I, 2008, S. 884.
- 22 Vgl. Bundesrats-Drs. 718/07, S. 90.
- 23 BGBl. I, 2008, S. 879, 878.
- 24 BGBl. I, 1999, S. 1656.
- 25 BGBl. I, 2008, S. 879, 878.
- 26 BGBl. I, 1999, S. 1656.

- 27 BGBl. I, 1999, S. 1656.  
28 BGBl. I, 2008, S. 881, 878, 881.  
29 BGBl. I, 2008, S. 881 f.  
30 BGBl. I, 1996, S. 834 f.  
31 BGBl. I, 1998, S. 1229; BGBl. I, 1999, S. 2648; BGBl. I, 2001, S. 3730; BGBl. I, 2005, S. 828.  
32 BGBl. I, 2007, S. 446. Seit der ersten Übergangsregelung 1996 durften die jährlichen Ausgaben der einzelnen Pflegekassen für die bei ihnen versicherten Pflegebedürftigen in vollstationärer Pflege im Schnitt 30.000 DM (15.339 Euro) nicht übersteigen (Härtefälle nicht berücksichtigt), andernfalls waren die Leistungen für die einzelnen Pflegebedürftigen zu kürzen. Diese Regelung wurde 2008 aufgehoben, da sie, in der Praxis bisher keine Bedeutung erlangt [hat], weil die Ausgaben der Pflegekassen durch die festen Leistungspauschalen ohnehin unter dem Wert lagen.“ (Bundesrats-Drs. 718/07, S. 137; BGBl. I, 2008, S. 881 f.).  
33 Vgl. Bundestags-Drs. 13/3696, S. 13.  
34 BGBl. I, 1996, S. 831.  
35 BGBl. I, 2008, S. 880, 878.  
36 BGBl. I, 2001, S. 3730 f.  
37 BGBl. I, 2008, S. 882 f.  
38 BGBl. I, 2008, S. 887 f.  
39 BGBl. I, 1996, S. 832.  
40 BGBl. I, 1999, S. 2648.  
41 BGBl. I, 2001, S. 3730.  
42 BGBl. I, 2005, S. 828.  
43 BGBl. I, 2007, S. 445 f.  
44 BGBl. I, 2001, S. 2322 f., 2326 ff.  
45 BGBl. I, 2001, S. 2321 f.  
46 BGBl. I, 2001, S. 2320 f.  
47 BGBl. I, 2008, S. 891 ff.  
48 BGBl. I, 2008, S. 875 f.  
49 BGBl. I, 2008, S. 897.  
50 BGBl. I, 2008, S. 882.  
51 BGBl. I, 2008, S. 879.  
52 BGBl. I, 2008, S. 877, 878, 887. Pflegeheime, denen es nach verstärkten aktivierenden und rehabilitativen Bemühungen gelingt, Pflegebedürftige in eine niedrigere Pflegestufe einzustufen, erhalten einen einmaligen Geldbetrag in Höhe von einheitlich 1.536 Euro.  
53 Bundesministerium für Gesundheit 2008, S. 53.  
54 Die allgemeine Inflation betrug zwischen 1995 und 2007 rund 9% (Statistisches Bundesamt 2008, Tab 1.1; eigene Berechnungen).

## Anmerkungen Kurzübersicht

- I § 1 SGB XI.  
II § 110 SGB XI.  
III BGBl. I, 2007, S. 469 f., 466 ff., 391 f.  
IV § 2 Abs. 1 SGB XI.  
V § 15 SGB XI.  
VI § 3 SGB XI.  
VII §§ 36 ff. SGB XI.  
VIII § 15 Abs. 1 SGB XI.  
IX § 58 Abs. 1 SGB XI.  
X § 58 Abs. 2 SGB XI.  
XI § 55 Abs. 1 SGB XI; BGBl. I, 2008, S. 884.  
XII BGBl. I, 2008, S. 2337.

## Quellen (außer Bundesgesetzblatt)

Benz, Benjamin/ Boeckh, Jürgen/ Huster, Ernst-Ulrich: Sozialpolitik in Deutschland . Eine systematische Einführung, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2006.

Bundesministerium für Gesundheit: Vierter Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung, Berlin 2008.

Bundesministerium für Gesundheit: Bericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, Berlin 2009.

Statistisches Bundesamt: Statistisches Taschenbuch 2008, Wiesbaden 2008.

Waltermann, Raimund: Sozialrecht, 7. Auflage, Heidelberg 2008.

[www.wachstumsstudien.de](http://www.wachstumsstudien.de)

